

Objektyp: **Issue**

Zeitschrift: **Das Konzept : die Monatszeitung**

Band (Jahr): **5 (1976)**

Heft 4

PDF erstellt am: **21.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

das Konzept

Erscheint monatlich an allen Hochschulen, Techniken, Seminarien und andern höheren Schulen der Deutschschweiz. Auflage 36 000

Redaktion: Konrad Fislir, Ruedi Küng, Inesrate: Mosse-Annoncen AG, Limmat-
Rolf Net, Beat Schweingruber 94, 8023 Zürich, Tel. (0) 47 34 00
Adresse: Rämistrasse 66, CH-8001 Zürich, Abonnement: pro Jahr Fr. 16.- (Ausl. 20.-)
Tel. (0) 47 75 30 Schüler und Lehrlinge Ermässigung

Grosser «konzept»-Report

Lehrerentlassungen

staatsreu, loyal und
vaterländisch
Armee-Gegner sollen per Volks-
abstimmung aus den Schulstuben
gewiesen werden Seite 3

Demokratisches Manifest
Der Widerstand organisiert sich
Seite 3

«Unschweizerisches ausmerzen»
Die Repression hat Tradition
Auf dem Boden der Verfassung
Politiker vergiften das Klima –
heute wie vor dreissig Jahren.
Verfassungsrechte werden
eingeschränkt Seite 4/6

Angst ist, was bleibt . . .
Entlassene Lehrer erzählen Seite 4

Faschismus in Chile
Statt Erziehung . . . Militär Seite 5

Verdammte Frauen
Kulturförderung bei
Landis & Gyr Seite 7

Wird Zürich zum zweiten Kaiseraugst der Schweiz?

Y - eine Stadt wird betrogen

Wenn diese Zeitung gedruckt wird, ist möglicherweise in Zürich bereits eine Bürgeraktion im Rollen, die durchaus kaisersaughafte Ausmaesse annehmen kann. Die «Gewaltfreie Aktion Milchbuckunnel» (GAM) will einen vorläufigen Baustopp im Zürcher Expressstrassenbau erwirken, notfalls mit einer Besetzung des Baugebietes. An den bisherigen Versammlungen der

GAM wurde vor allem auch von älteren Einwohnern immer wieder betont, dass die Zürcher Bevölkerung jetzt lange genug belogen und betrogen worden sei, dass sie sich endlich für ihre Rechte wehren müsse. Der folgende Artikel legt dar, wie es zu dieser heutigen Situation kam, was für die Zürcher auf dem Spiel steht und welchen Sinn Widerstand jetzt noch hat. bs

Eine Zeitlang war es Mode, an öffentlichen Bauwerken die Inschrift anzubringen: «Durch den Willen des Volkes». Solches steht beispielsweise über dem Eingang zur Zürcher Universität. Am Zürcher Expressstrassen-Ypsilon, sollte es tatsächlich je einmal fertig gebaut werden, müsste alle paar hundert Meter eine grosse Tafel stehen: «Gegen den Willen des Volkes». Vielleicht ergänzt mit dem Untertitel: «Aber durch den Willen der Wirtschaft und die Zwangsgenauigkeit der Regierung».

Tatsächlich ist jeder halbe Kilometer dieser innerstädtischen Autobahnverbindung auf mehr oder weniger harten Widerstand der Bevölkerung gestossen. Das Spektrum dieses Widerstandes reicht von Protesten an Quartierversammlungen über Petitionen, Volksinitiativen, parlamentarische Vorstösse aller Art bis zu Hausbesetzungen (1974 in Schwamendingen); unterstützt wurde er von einzelnen Parteien, von Fachvereinigungen und ganzen Pressekampagnen.

Obschon die Summe der Argumente gegen das Ypsilon oder gegen Teile davon immer deutlicher zum Ausdruck brachte, dass es auf einer völlig verfehlten Verkehrskonzeption beruht, obschon die Stimmbürger der Stadt Zürich diese Konzeption mehrmals deutlich ablehnten, ist bis jetzt nicht mehr als Oberflächensmetik daran betrieben worden: Hier ein Stück weit unterirdisch, da durch diesen Strassenzug statt durch jenen, dort ein etwas kleineres Anschlusswerk.

Die Geschichte des Zürcher Ypsilons, dieses teuersten und umstrittensten Nationalstrassenabschnittes, ist nicht nur die einer Planungssturmheit, sondern gleichzeitig die Geschichte einer krassen Missachtung von Demokratie und Volkswillen.

Dass Autobahnen nichts in den Stadtzentren zu suchen haben und schon gar nichts in den Zentren historisch gewachsener Städte, hat man in Europa längst herausgefunden. Nicht so in der Schweiz. Während Grossstädte wie Frankfurt, Köln, Paris, Mailand usw. bereits umfahren waren, haben Planer und

Politiker bei uns die Autobahnen wacker in und durch die Stadtkerne geführt. Bern, Luzern, Zürich, St. Gallen und teilweise Basel sind die krassen Beispiele dafür. In Bern haben dann die unmöglichen «geologischen Verhältnisse» noch in den sechziger Jahren den Politikern geholfen, den Planungsinn zu begraben; dafür werden jetzt die Naherholungsgebiete rings um die Stadt kaputtgemacht.

Die Chonik eines Volksbetrugs

In Zürich sind mit den städtischen Expressstrassen derart handfeste wirtschaftliche Interessen und Ambitionen

mächlich eine Sensibilisierung der Bevölkerung. Zudem konnte man nun die zunehmende Verschandelung eines ganzen Flussraumes durch die sich vorwärtschiebende Sihlhochstrasse beobachten.

1970/71 erhob sich eine eigentliche Protestwelle gegen das Ypsilon über die ganze Stadt, bestärkt noch durch die überwältigende Annahme des Umweltschutz-Verfassungsaufsatzes durch das Schweizer Volk im Juni 1971.

In diese Stimmung hinein platze dann auch noch die (unbewilligte) Veröffentlichung eines Gutachtens der kantonalen Natur- und Heimatschutzkommission, das schwerste Bedenken gegen die Führung des Y äusserte und es als «städtetypisch unverantwortbar» be-



Das kommt auf Zürich zu! Diese Riesenschlucht frisst sich von Schwamendingen her gegen das Stadtzentrum vor. Man beachte das Mehrfamilienhaus in der rechten oberen Ecke - eines von über hundert.

verbunden, wird von Automobil- und Wirtschaftsverbänden ein solcher Druck ausgeübt, dass sich die städtischen und die kantonalen Behörden noch immer und mit Nachdruck hinter das Milliardenmonstrum stellen.

In den sechziger Jahren machte sich vor allem lokale Opposition bemerkbar. So etwa in Wollishöfen, wo das wichtigste Erholungsgebiet des Quartiers, der Entlisberg, einer 900 Meter langen, und 80 Meter breiten Autobahnschlucht der N 3 (Chur-Zürich) weichen musste. 1962 verlangten die Wollishofer mit 11 400 Unterschriften die Überdeckung des Entlisbergabschnittes. Der Bundesrat war dagegen, unter anderem weil er ein Präjudiz für weitere Tunnelwünsche in Siedlungsgebieten fürchtete, und das Stadtparlament schrieb das Volksbegehren als «gegenstandslos» ab. Was zum Schutz eines militärischen Übungsplatzes möglich war (Autobahntunnel unter der Thuner Allmend), sollte zum Schutz von Siedlungs- und Erholungsgebiet nicht in Frage kommen.

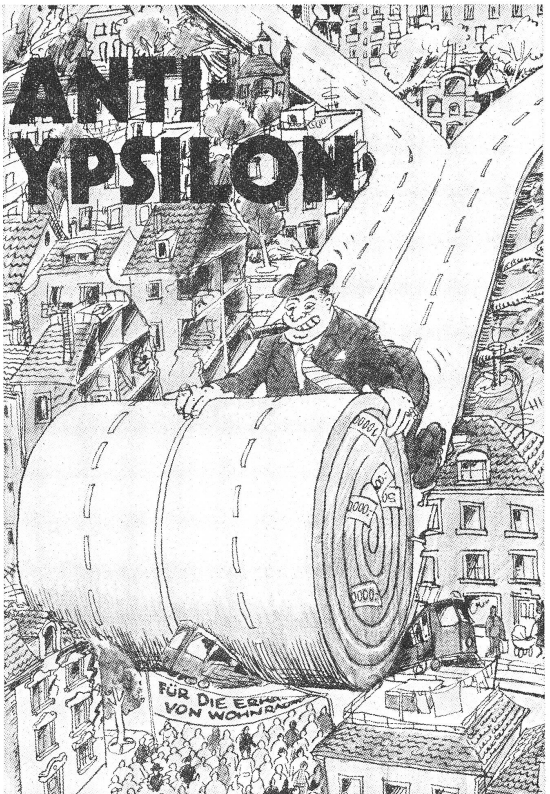
Mit der Zeit begannen einzelne Planer, Architekten, Politiker usw. die Konzeption des Ypsilons, dieser dreiermigen Autobahnverbindung mitten durch das Stadtzentrum, grundsätzlich in Frage zu stellen. Öffentlichkeitsarbeit und Aufklärungskampagnen zu siedlungs- und verkehrspolitischen Fragen, betrieben aus den verschiedensten Winkeln (Architekturstudien, linke Parteien, Mieterkampf, Architekten und andere Fachgruppen), bewirkten all-

zeichnete; dieses wichtige Dokument war der Öffentlichkeit seit 1968 mit fadenscheiniger Begründung durch die Behörden vorenthalten worden, und es gehörte zu einer ganzen Reihe unterschlagener Informationen.

Manipulierter Abstimmungskampf . . .

Ein weiteres Manöver des Kantonsrates bestand darin, ohne Rücksprache mit den Initianten den Titel der Volksinitiative «in irreführender Weise» abzuändern, und zwar wurde dem ursprünglichen Titel «Volksinitiative gegen das Expressstrassen-Y» noch der Zusatz «. . . und für die Aufnahme der Südumfahrung Zürichs ins Nationalstrassennetz» angehängt. Das war eine klare und unerlaubte Gewichtsverschiebung, denn die Initianten und Unterzeichner des Volksbegehrens war es in erster Linie um die Streichung des Y gegangen und erst in zweiter Linie um die Aufnahme der Südumfahrung. Diese Prioritätenfolge wurde durch den willkürlich abgeänderten Titel verwischt. Es war vorauszu-sehen, dass dies der Initiative einige tausend Stimmen kosten musste, denn auch die Südumfahrung stiess bereits auf grosse Opposition der Bevölkerung, die mittlerweile überhaupt gegen jeden Strassenbau grossen Stills eingestellt war.

Nicht genug damit, die Kantonsregierung musste noch mehr Munition gegen die Initiative verschleppen. Die Weisung des Regierungsrates, der sogenannten



Dieses Titelbild einer Broschüre der PdA zeigt ziemlich umfassend die verheerenden Folgen des Expressstrassen-Y für die Stadt: Zerstörung von meist billigem Wohnraum, Beeinträchtigung des Wohnwerts in weitem Umkreis, Vernichtung prächtiger alter Alleen, Verschandelung ganzer Flussufer, Beeinträchtigung des öffentlichen Verkehrs. Es illustriert auch die Niederwalzung des Volkswillens. Was es nicht zeigt, ist die zusätzliche Autolawe, die sich an mehreren Stellen ins städtische Strassennetz ergossen wird; es zeigt auch nicht die weitere Steigerung der Bodenpreise, die wiederum zusätzlichen Wohnraum verdrängen wird.

Beleuchtende Bericht, mit dem die Stimmbürger amtlich über die Abstimmungsvorlage informiert wurden, war mehr als tragwürdig ausgefallen. Die Fachverbände gegen I und Y protestierten einem offenen Brief an den Regierungsrat gegen Inhalt und Form dieses Berichts und warfen ihm vor, er enthalte erhebliche Fehler, krasse Widersprüche und «eine an sich unstatthafte Kritik an der Volksinitiative, die zudem falsch dargestellt wird». Er fehlten zudem «entscheidende Unterlagen», es fehlten Hinweise auf die Expertisen von Fachleuten, die Darstellung war unobjektiv, und nicht einmal die Kosten waren in der Vorlage enthalten.

Im Abstimmungskampf selbst wurde von den Y-Befürwortern - zu denen nebst dem Automobilverbänden und den Y-Befürwortern insbesondere die Wirtschaft und die Geschäftswelt gehören: Finanzinstitute, Warenhäuser, City-Vereinigungen, Bauunternehmungen usw. - kaum eine Manipulation und kaum eine Demagogie unversucht gelassen. So wurde zum Beispiel die Eröffnung des ersten Y-Teilstücks, der äusserst umstrittenen Sihlhochstrasse, auf wenige Tage nach der Abstimmung hinausgezögert. Erfahrungsgemäss sind solche Eröffnungen mit grossem Protest der betroffenen Quartiere verbunden, was sich natürlich auf die Abstimmung ausgewirkt hätte.

Der Umstand, dass das Nein zum Ypsilon auf dem Stimmzettel mit einem Ja (zur Initiative gegen das Y) ausgedrückt werden musste, wurde perfid zur Verwirrung des Stimmbürgers ausgenutzt. («Nein zu einem Millionenflüchlerwerk» mit dem Bild einer Expressstrasse war eines der verbreitetsten Plakate der Y-Befürworter.) Praktisch jedes Argument der Gegner wurde in einer Flut von Plakaten, Inseraten und schönen Broschüren verdreht.

. . . mit zwiespältigem Ausgang

Trotzdem wurde im September 1974 in der Stadt Zürich die Initiative deutlich angenommen bzw. das Ypsilon verworfen. Im ganzen Kanton hingegen trat

das ein, worauf die Y-Befürworter abgezielt hatten: Keine der Vorlagen erhielt eine Mehrheit, der kleine Nein/Nein-Überschuss liess beide Waagschalen in die Tiefe sinken.

Formaljuristisch und in der Interpretation der Behörden galt nun die Meinung jener 11%, die zweimal Nein geschrieben hatten, als «Volkswille», während die 43%, die gegen das ganze Y waren, plus die 46%, die für eine Reduktion des Y stimmten, einfach vernachlässigt wurden.

Der Regierungsrat interpretierte das Ergebnis in dem Sinn, dass «das Volk keine Veränderung des bisherigen Konzeptes» wolle! Obwohl sich also 89% der Stimmbürger für eine totale oder teilweise Streichung ausgesprochen hatten. Der Stadtrat, im Parlament darauf bedacht insbesondere die Wirtschaft und die Geschäftswelt gehören: Finanzinstitute, Warenhäuser, City-Vereinigungen, Bauunternehmungen usw. - kaum eine Manipulation und kaum eine Demagogie unversucht gelassen. So wurde zum Beispiel die Eröffnung des ersten Y-Teilstücks, der äusserst umstrittenen Sihlhochstrasse, auf wenige Tage nach der Abstimmung hinausgezögert. Erfahrungsgemäss sind solche Eröffnungen mit grossem Protest der betroffenen Quartiere verbunden, was sich natürlich auf die Abstimmung ausgewirkt hätte.

Rezession statt Demokratie

Im weiteren hat eine Untersuchung zweier Soziologen kurz nach der Abstimmung ergeben, dass zahlreiche Stimmbürger der verwirrenden Fragestellung zum Opfer gefallen sind und ihren Stimmzettel falsch ausgefüllt haben. Nach dieser Untersuchung hätten in der Stadt 71%, auf dem Land immer noch auf 55% der Umwärtiger eigentlich gegen das Ypsilon stimmen wollen.

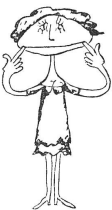
Obschon also sogar formal feststeht, dass die Mehrheit der Stadtbewohner gegen das Y ist, dass die grosse Mehrheit der Kantonsbevölkerung zumindest gegen die jetzige Form des Y ist, und mit faktischer Sicherheit sogar gegen das Y überhaupt, haben sich weder Stadtrat noch Regierungsrat bemüht gefühlt, auch nur um einen Zoll von ihrer Haltung abzuweichen.

Im Gegenteil: Unter dem Vorwand

Fortsetzung auf Seite 2

Ein Frühlingsanfang ohne Frauen?

Die «fräuliche» Märznummer des «Konzept» bringt ein Gespräch mit Jutta Menschik über «Frauenbewegung heute», einen authentischen Bericht vom Brüssler Frauentribunal und eine «Patriarchats-Besprechung» von Klara Obermüller . . . und natürlich ein paar andere «Konzept»-Themen für an Frauen Uninteressierte!



Die Abschrift des Vortrags über «Frauenbewegung heute», den Jutta Menschik auf Einladung der Progressiven Frauen Schweiz (PFS) gehalten hat, ist gegen 2 Franken in Briefmarken erhältlich bei: Redaktion «das Konzept», Rämistrasse 66, 8001 Zürich.

«konzept»-Leser wissen mehr und durchschauen mehr. Als Abonnent sind Sie regelmässig dabei!

«das Konzept», Jahresabonnement 16 Fr., Ausland 20 Fr. Für Schüler und Lehrlinge unter 20 Jahren 30% Rabatt (Ausweiskopie beilegen). Aus technischen Gründen laufen die Abos stets bis Ende Jahr. Ich bestelle ein Abonnement «das Konzept» (Zutreffendes ankreuzen):

- Mai bis Dezember 76 für 12 Fr. (Ausl. 16 Fr.)
- zum Schülerpreis von 8 Fr. (Ausweiskopie beilegen)
- zusammen mit dem «zürcher student» (Mai 76 bis Febr. 77) für 20 Fr.
- Unterstützungsabonnement (doppelter Betrag)

Name, Vorname: _____

Adresse mit PLZ: _____

Brief: _____

Datum: _____

Talon einlösend an: «das Konzept», Rämistr. 66, 8001 Zürich

Ich kam in Besitz dieser Nummer von «das Konzept» über einen Bekannten* (als Probenummer*) an. Kiosk* auf ein Inserat in nachstehend genannter Zeitung hin*. Die Nummer war aufgelegt oder wurde verteilt an folgendem Ort* (*Zutreffendes unterstreichen):

Schicken Sie bitte eine Gratisprobenummer an folgende(n) Bekannte(n): _____ dk 76/4

Fortsetzung von Seite 1

der Rezeptionsbekämpfung wird der Bau des Y nun beschleunigt vorange- trieben. Der Bau des Milchbuckeltunnels, Kernstück des Y, der vom Bundesrat gleich nach der Abstimmung um 4 Jahre zurückgestellt worden war, wird jetzt vorgezogen. Hinter dieser Eile steht aber ein ganz anderer Gedanke: In den Schulbladen der Regierung liegt seit anderthalb Jahren eine neue Initiative gegen das Y, eingereicht von den POCH, und diesmal mit einer einfacheren Formu-lierung und ohne den Pfladesitz der Siedlungsführung. Diese Initiative muss spätestens 1977 vor das Volk gebracht werden. Und erneut versuchen die Be- hörden, vorher das Volk vor vollendete Tatsachen zu stellen.

3X versuchte Demokratie

Der Proteststurm von 1971 und die wachsende Opposition mündeten unmittel- bar in drei Versuche aus, die Y-Union- schein zu stoppen:

1. Im März 1971 verlangte SP-Gemein- derat Albert Näf mit 19 Mitunterzeich- nern vom Stadtrat die Durchführung einer städtischen Konsultativabstim- mung über das Y, damit man endlich wisse, ob die Bevölkerung diese Ex- pressstrassen wirklich wollte oder nicht.

2. Die Arbeitsgemeinschaft Umwelt (AGU), eine Vereinigung von Assisten- ten, wissenschaftlichen Mitarbeitern und Studenten beider Zürcher Hochschulen, sammelte im Sommer innert Monatsfrist 45 000 Unterschriften für eine Petition an die eidgenössischen Räte, welche um Verzicht auf das Y ersuchte und dafür die Aufnahme des gesamten Autobahn- rings um Zürich in das Nationalstrassen- netz vorschlug. Wenige Wochen zuvor hatte die Bundesversammlung den west- lichen und den östlichen Teil dieser Umfahrung ins Netz aufgenommen, womit das Y seiner überregionalen Ver- bindungsfunktion entbehren würde.

3. Da man, in realistischer Einschätzung der Lage, weder auf den Gemeinderat noch auf irgendeine Wirkung der Peti- tion vertrauen konnte, hat man noch ein Hintertürchen entdeckt, das eine Volksabstimmung auf jeden Fall erwin- ken musste: eine kantonale Volksinitia- tive, die den Kanton - im Fall der An- nahme - zwingen würde, von der Bun- desversammlung die Streichung des Y aus dem Nationalstrassennetz zu verlän- gen (sogenannte Ständesinitiative); dafür sollte, analog zur Petition, die Süd- und Ostumfahrung aufgenommen werden (Seetunnel), und die durch den Y-Ver- zicht eingesparten Gelder sollten zur umweltfreundlicheren Gestaltung des ganzen Autobahnringes verwendet wer- den. Die von einem überparteilichen Komitee lancierte Initiative wurde am 1. Dezember 1971 mit 11 800 Unter- schriften eingereicht.

Wie notwendig dieser dritte Schritt war, erwies sich noch im selben Monat. Die eidgenössischen Räte lehnten es ab, auf die Petition einzutreten. Eine

GAM Gewaltfreie Aktion Milchbuckeltunnel

Die GAM ist seit 1. April ständig mit Informationsständen auf dem Baugelände anwesend. Sie ist vollständig offen und jedermann zugänglich. Bis 13. April wurden drei Vollversammlun- gen mit je 200-300 Teilnehmern abge- halten, an denen unter anderem die Lancierung einer Petition für einen Baustopp beschlossen und eine Belage- rung oder Besetzung des Geländes grundsätzlich bejaht wurde.

Die GAM ist erreichbar über • Tel.-Nr. (01) 26 92 89 • Postfach 299, 805 Zürich • tagsüber an der Niklausstrasse 4, (Nähe Beckenhof)

Die neusten Informationen bringt lau- fend die Telefonzeitung (01) 39 11 12.

Woche zuvor hatte die bürgerliche Mehrheit im Zürcher Gemeinderat (Parlament) auf Antrag des Stadtrates die Konsultativabstimmung abgelehnt. Begründung: Über Nationalstrassen entscheide der Bund zusammen mit den kantonalen und den städtischen Behör- den; eine Befragung der Stimmbürger erübrige sich.

Im Nationalstrassengesetz heisst es aber, dass der Bund die Projekte den Kantonen und Gemeinden zu unterbrei- ten habe. Es heisst «den Gemeinden», nicht «den Gemeindebehörden». Dass eine Gemeinde durch die Gesamtheit der Stimmbürger besser repräsentiert ist als durch neun Stadträte, wäre eigent- lich selbstverständlich, aber der Zürcher Stadtrat hat einen chronischen Hang zur liebevoll-väterlichen Bevormundung seines Volkes.

Schon damals war klar, dass das Ypsi- lon die ganze Stadt Zürich nachhaltig verändern würde. Aber man wollte die Meinung des «Souveräns» dazu bewusst gar nicht erfahren. Man fürchtete be- reits damals, dass die Stimmbürger das

Y ablehnen würden, und deshalb musste eine demokratische Abstimmung mit allen Mitteln verhindert werden. Diese demokratische Haltung der Behör- den und grösstenteils auch der bür- gerlichen Parteien zeigte sich dann mit aller Deutlichkeit in der nächsten Runde, im Ringen um die kantonale Volksinitiative gegen das Y.

Handstreich des Regierungsrates

Nun war also der Regierungsrat des Kantons Zürich am Zug. Als erstes liess er die Initiative fast ein Jahr lang in seiner Schublade ruhen. In der Zwischen- zeit wurde vom Bund auf Drängen der Zürcher Regierung hin der Nordast des Y (Schwamendingen-Milchbuckel) zum Bau freigegeben.

Als zweiten Streich liess nun der Regierungsrat diesen Abschnitt Hals über Kopf in Angriff nehmen, im Wis- sen darum, dass im Bau befindliche Teilstücke in einer Abstimmung nicht mehr zur Diskussion stehen, und mit der Absicht, mit diesem begonnenen Teil- stück das Y nicht vor vollendete Tatsachen zu stellen. Dieses Vorgehen kann dar- aus als vorsätzliches Eingreifen in eine

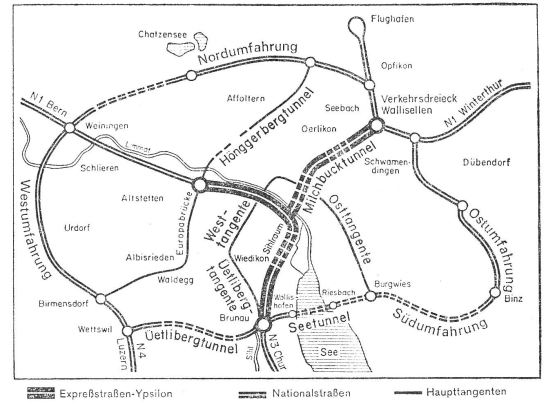
worden, damit sich die Mieter möglichst nicht organisieren.) Im Laufe des näch- sten Jahres sollte dann erst mit den eigentlichen Bohrarbeiten für die erste der zwei dreispurigen Röhren begonne werden.

Gegen dieses neuerliche Fait accom- pli der Behörden will sich nun die «Ge- waltfreie Aktion Milchbuckeltunnel» (GAM) wehren. Analog zu Kaiseraug- soll eine grosse Volksbewegung die Be- hörden zum Verzicht zwingen, endlich die Volksrechte zu respektieren. Als ersten Schritt fordert die GAM einen sofortigen Baustopp am Milchbuckeltunnel, so lange, bis eine ganze Reihe von Fragen abgeklärt und die hängigen Probleme gelöst sind.

Ungelöste Verkehrsprobleme...

Gründe für einen Baustopp gibt es mehr als genug. Ungelöste Probleme und Frageurdringlichkeiten sind haufenweise vorhanden:

• Für die Fortsetzung des Milchbuck- tunnels unter dem Bahnhof und der Sihl hindurch Richtung Sihlstrasse und N 3 existiert noch kein Ausführungspro-



hängige Abstimmung gewertet werden. Nebenbei bedingte der Bau dieses er- schlichen Nockastes allein in Oerlikon und Schwamendingen den Abbruch von 600 (billigen) Wohnungen.

Und der dritte Streich folgte sogleich: Kaum waren die Baumaschinen in Schwamendingen aufgefahren, bean- tragte die Regierung dem Kantonsrat, die Initiative wegen formeller (!) Mängel ungültig zu erklären. Das dazu erforder- liche Zweidrittelmehr kann im Rat in- dessen knapp nicht zustande. Prompt versuchten drei der Regierung naheste- hende Einzelpersonen, die Initiative über den Umweg einer staatsrechtlichen Beschwerde ans Bundesgericht zu böden. Das Bundesgericht liess aber die ursprünglichen Argumente der Zür- cher Regierung grösstenteils abblitzen und setzte die Volksrechte über forme- lle Mängel. Die Begründung aus Lausanne veranlasste den freisinnigen «Bund» zu den Titeln «Schlappe für Zürcher Regierung» und «Fällige Lek- tion aus dem Bundeshaus». Das SP-Kan- tonsparlament kommentiert dies als ganze Schachspiel: «Der Regierungsrat hat juristische Fehler in dieser Volksini- tiative gesucht, um die ihm nicht gene- hme Abstimmung zu verhindern.»

Kosmetik und Manöver

In der Zwischenzeit hatte man etwas Kosmetik am Ypsilon betrieben und das sogenannte «umweltfreundliche Y-Plus» erfunden, das zwar ein paar der schlimmsten Auswirkungen etwas mil- dernde, doch immer von derselben völlig verfehlten Konzeption ausging. Der Kantonsrat seinerseits beilegte sich jetzt, die nun unvermeidliche Volksab- stimmung mit einem «Gegenvorschlag» zu bereichern.

Man hatte inzwischen bereits gemerkt, dass es bei Alternativabstimmun- gen, das heisst dann, wenn ein Vor- schlag einem Gegenvorschlag gegen- übersteht, sich die Kräfte zersplittern und dann mit grosser Wahrscheinlich- keit keiner der Vorschläge eine Mehr- heit findet. Damit bleibt alles beim alten, und genau das war ja auch die Absicht. Besonders pikant ist dabei, dass der Gegenvorschlag des Kantonsra- tes, das sogenannte «Y-Plus» gar keine Alternative bot, sondern lediglich das zeitliche Zurückstellen des Y-Westastes. Die Vorarbeiten für das Südportal des Milchbuckeltunnels, nahe der Limmat, sind Anfang April aufgenommen wor- den. Dazu gehören der Abbruch von 200 zum Teil neueren Wohnhäusern. (Die Kündigungstermine sind geschickter- weise über ein halbes Jahr gestaffelt

jezt. Falls diese Fortsetzung überhaupt je einmal gebaut werden kann, wird sie frühestens 5-8 Jahre nach Vollendung des Milchbuckeltunnels befahrbar sein. In der Zwischenzeit werden sich stündlich bis zu 5000 Fahrzeuge mitten im Stadt- zentrum ins städtische Strassennetz er- gieissen, was von diesem absolut nicht verkraftet werden kann. Die Hälfte die- ses Verkehrsstromes wird über die heute schon voll ausgelasteten Knoten- punkte Central und Bahnhofplatz seine- mas Vorgehen müssen. Der private und vor allem auch der öffentliche Verkehr in diesen Räumen wird unweigerlich zu- sammenbrechen.

• Weder die städtischen noch die kan- tonalen Planungsstellen haben konkrete Vorstellungen darüber, wie dieser Ver- kehr abgenommen werden und an den bestehenden Engpässen vorbei ins städ- tische Netz überführt werden soll. Es ist anzunehmen, dass die Kredite für die notwendigen Anschlussbauwerke (zum Beispiel provisorische Brücke über die Limmat) vom städtischen Stimmbürger verweigert werden. Was dann passieren soll, weiss niemand. Die Taktik der Behör- den geht offensichtlich dahin, ein Verkehrschaos zu provozieren, unter dessen Druck dannzumal die umstritte- nen Fortsetzungsbauten (Centraltunnel, Cityring usw.) doch noch bewilligt wer- den.

... Umweltprobleme ...

• Die vom Stadtrat immer wieder ver- suchene Verkehrsüberlastung der Quar- tiere zwischen Oerlikon/Schwamendingen und der Limmat ist illusorisch, da der Nachfrageüberhang nach Verkehrs- raum immer noch gewaltig ist. Es hat sich zudem im Limmatalt und bei der Sihlhochstrasse gezeigt, dass der Stadtrat überhaupt nicht gewillt ist, parallel zur Autobahn führende Quartierachsen zu sperren, wie verschiedentlich verspro- chen. Im Fall der Sihlhochstrasse haben sich die Verkehrsmengen in den Parallel- achsen lediglich um 9-20% vermindert. Das bedeutet für die lärm- und abgase- plagten Anwohner überhaupt keine Verbesserung. Es beweist aber, dass die Expressstrassen nicht der Kanalisierung des bestehenden, sondern der Bewälti- gung von zusätzlichem Privatverkehr dienen.

• Die Lärm- und Abgasauswirkungen auf die berührten Quartiere sind nicht abgeklärt. (Auch Tunneln müssen ent- lastet werden!)

• Der Dringliche Bundesbeschluss von 1972 zur Raumplanung bezeichnet die See- und Flussufer generell als Schutzge- biete. Das Ypsilon nimmt aber über weite Strecken die Flussufer und stellen- weise den ganzen Flussraum in An- spruch. Das neue kantonale Planungs- und Baugesetz zählt ausser den Gewä- ssern auch Parkanlagen, wertvolle Bäume und Baumbestände zu den Schutzobjek- ten, was alles vom Y in schwerwiegen- dem Ausmass vernichtet wird. Zum Thema Uferschutz verstieg sich der städtische Tiefbaudirektor vor dem Ge- meinderat auf den Standpunkt, die Lim- mat sei im fraglichen Bereich kein Fluss, sondern ein Kanal ...

... und politische Stoppsignale

• Im Mai 1974 überwarf das Stadtpar- lament ein sozialdemokratisches Postu- lat, wonach der Stadtrat den Verzicht auf Y und I zugunsten einer vollständig unterirdisch angelegten Westtangente prüfen sollte. Das Postulat ist bis heute unerledigt.

• Schliesslich ist, wie bereits erwähnt, seit ein Jahr eine Initiative in hängi- gkeit, welche das ganze Ypsilon noch ein- mal der Volksabstimmung unterwirft. Ehe diese Abstimmung erfolgt ist, sollte wohl kein neues Teilstück in Angriff ge- nommen werden dürfen. Zwar liegt die abschliessende Kompetenz bei der Bun- desversammlung, aber es gibt immer noch das bundesrätliche Versprechen, dass keine Nationalstrasse gegen den Willen einer Bevölkerungsmehrheit ge- baut werden soll.

Dieser ganze Katalog legt den Schluss nahe, dass die Illegalität wohl eher auf seiten der Behörden liegt als auf seiten der Gewaltfreien Aktion, selbst wenn diese zu vordergründig illegalen Akten wie Geländebesetzung greifen muss.

Fünf nach zwölf oder fünf vor zwölf?

Die Frage erhebt sich allenfalls, warum der Widerstand gerade beim Milchbuckeltunnel ansatz und ob es jetzt nicht bereits zu spät dafür sei. Die erste

Frage ist einfach zu beantworten: Der Tunnel stellt ein Kernstück des Y dar. Mit ihm steht und fällt das ganze Ex- pressstrassenkonzept. Ist er einmal ge- baut, wird sich eine Weiterführung kaum vermeiden lassen. Mit 240 Mio. veranschlagten Baukosten ist er auch ein recht gewichtiger Brocken.

Damit drängt sich auch die Ansicht auf, dass es eben gerade noch nicht zu spät ist, den Bau dieses «Yrrisims», wie ein früheres Plakat der Y-Gegner lakoni- schen festhält, abzustoppen. Die bereits investierten 200 Millionen sind ein schlechtes Argument, um die Fehl- investition nun noch auf zwei Milliarden aufzustocken. Überdies hält sogar das eidgenössische Amt für Strassen- und Flussbau fest, dass die jetzt im Bau be- findlichen oder fertigen Teilstücke nicht wertlos und verloren wären, sondern auch bei einem Verzicht auf Vollendung des Y ihre guten (?) Dienste leisten.

Der letzte Widerstand gegen das dem Volk aufzuzunehmende Monstrum wird es schwer haben. Viele der einstigen Y-Be- kämpfer sind durch den langjährigen Abnutzungskrieg aller Instanzen müde geworden. Die Bevölkerung hat teil- weise resigniert, vor allem in der älteren Generation. «Da nützt ja doch alles nichts mehr...»

Gerade darum müsste eigentlich die jetzige Aktion zum Prüftest unserer Demokratie werden. Zürich, Zürich oder Zürich? (Mit «ü» wie «überleben».) Beat Schweingruber

Advertisement for WOKO (Studentische Wohngewossenschaft) seeking 2 Liegenschaftsbetreuer(innen) for Kleinhäuser. Includes contact information and details about the role.

Advertisement for 'das konzept' magazine, featuring 'ECHO Umweltunterricht - Fall Schweiz' and contact details for the editorial office.

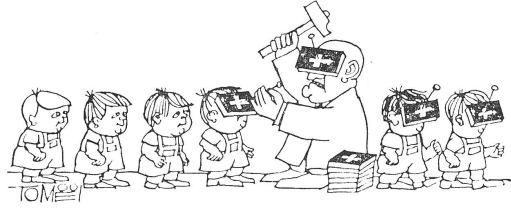
Redaktionelles ++ redak REDAKTION/REDAKTORIN Erwinsch sind gute Kenntnisse in der schweizerischen Bildungs- und Hochschulpolitik sowie journalistische Erfahrung. Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen sind bis zum 1. 5. 76 an den Präsidenten des Herausgebersvereins 'das konzept' zu richten: Ernst Schneider, Präs. VSS, Erbachstrasse 9, 3012 Bern.

«konzept»-Report über Hintergründe von Lehrerentlassungen in der Schweiz

«...staatstreu, loyal und vaterländisch?»

Wer darf unsere Kinder unterrichten? «Volkshetze und Staatsfeinde» für die einen, Bürger, die von ihren demokratischen Rechten Gebrauch machen, für die andern: fortschrittliche Lehrer, dienstverweigernde Lehrer, politisch engagierte Lehrer. Bald jeder Schweizer Kanton hat seinen «Fall». Ob in Bern, Aargau oder Zürich, Lehrer werden aus politischen Gründen entlassen oder nicht zum Schuldienst zugelassen. Die Vorwürfe, die Entscheide der Behörden gleichen sich in den meisten Fällen aufs Haar. Nicht Politisieren im Unterricht, Beeinflussung von Kindern in den Schulstunden steht zur Diskussion. In fast ausschliesslich allen bisher bekannten Fällen geht es um Aktivitäten ausserhalb der Schulstunden. Darf ein Lehrer den Dienst in der Armee verweigern? Darf ein Lehrer politisch aktiv sein? Muss ein Lehrer, ein Beamter also, besonders staatstreu sein? Behörden und konservative Parteien fordern klare Verhältnisse: Entlassung. Nicht

erst heute, nicht von ungefähr. Lehrerentlassungen haben auch in der Schweiz Tradition. Schon in den dreissig Jahren hat eine bürgerliche Mehrheit Gesetzeszusätze durchgedrückt, die bis in die Formulierung heutigen Regelungen gleichen. «Dienstverweigernde Lehrer haben es heute wohl am schwersten. Verweigerung des Wehrdienstes ist ein sichtbares, ein leicht fassbares «Vergehen». Nicht zufällig setzen hier die meisten Behörden und Gerichte an. Das Bundesgericht (im Fall Froidevaux) wie beispielsweise der Zürcher Erziehungsrat mit seinen «Grundsätzen betreffend die Beschäftigung von Lehrern... nach Verurteilung wegen Dienstverweigerung oder Aufforderung und Verleitung zur Verletzung militärischer Dienstpflichten». Nicht zufällig wittern hier einige Rechtspolitiker die Chance, mit pauschalen Vereinfachungen auf Gehör beim Stimmvolk zu stossen. «das konzept» hat Material zur Lehrer(un)freiheit zusammengetragen.



Warum soll ein dienstverweigernder Lehrer nicht mehr unterrichten dürfen, auch wenn er in seiner Klasse nicht über politische Themen spricht? «Ein Lehrer ist doch einfach kein Beispiel mehr», meint der Zürcher Kantonsrat Theodor Rüegg (fdp.). Denn: «Für mich hat ein Schweizer Bürger, der nicht einmal den waffenlosen Dienst leisten will, ganz einfach einen Dachschaden.» Der streitbare Rechtsfreisinnige hat denn auch eine Initiative angekündigt, die alle Dienstverweigerer – gleich ob aus religiösen, ethischen oder politischen Gründen – generell vom Schuldienst entfernen will. Den Initiatoren gehen die «Grundsätze» des Zürcher Erziehungsrates zu wenig weit. Seit letztem Jahr können nämlich Lehrer im Kanton Zürich entlassen werden, wenn:
• «gegen einen Lehrer ein gerichtliches Urteil wegen Dienstverweigerung... vorliegt, wird sein Eintritt in den Schuldienst grundsätzlich verweigert», bzw. «ist seine Entlassung... zu beantragen».
• ein Lehrer «aus religiösen oder ethischen Gründen in schwerer Gewissensnot» verurteilt wurde, «ist seine Vertrauenswürdigkeit bezüglich seiner Haltung zum Staat in Zweifel zu ziehen». Seine Anstellung ist grundsätzlich zu überprüfen.
Der Zürcher Kantonsrat hat sich Ende März in einer Monsterebene mit dem «heissen Thema» befasst. Die (bürgerliche) Ratsmehrheit liess keinen Zweifel daran, dass sie keine Dienstverweigerer im Schuldienst wünscht. Langatmige Bekenntnisse zu Staat und Armee aus der rechten Ratshälfte wurden von links prompt als «1.-August-Reden» apostrophiert, während bei Kritikern der erziehungsrätlichen «Grundsätze» eingeschmuggeltes Moskauer Gedankengut vermutet wurde. Ob soviel nach einschlägiger urteilend, ein der Schule oder in der Öffentlichkeit für die Dienstverweigerung eintritt oder eingetreten ist bzw. einer Vereinigung angehört oder angehört hat, welche diesen Zweck verfolgt.

zuschränken seien, wenn ihnen «Gewaltanwendung zur Durchsetzung ihrer Ziele oder Missbräuche ihrer Aufgabe nachgewiesen» werde. Er fand bei Rat und Regierung kein Gehör. Erziehungsdirektor Gilgen erwartet vom Lehrer eine «besondere Treuepflicht gegenüber dem Staat». So ist «die Auffassung, dass erst bei Gewaltanwendung zur Durchsetzung politischer Ziele gegen öffentliche Bedenken einzuschreiten sei, entschieden abzulehnen». «Die Möglichkeit der Beeinflussung von Schülern und Jugendlichen durch Lehrer und Erzieher ist derart gross, dass hinsichtlich der geistigen Haltung keine Zugeständnisse gemacht werden können.»

Keine Zugeständnisse «Keine Zugeständnisse» hatte der Erziehungsrat seinerzeit bei der Prüfung des «Falls Erwin Steiner» gemacht. Drei dienstverweigernde Lehrer wurden mit den neuen Grundsätzen überprüft, zwei bestanden. Steiner fiel durch. Dem zweimal wegen Dienstverweigerung verurteilten Steiner wurde «angelastet, «evidentermaßen mißtrauenerfüllte Flugblätter verteilt» zu haben (dies obwohl ihn Bezirks- und Obergericht von diesem Vorwurf freigesprochen haben). Weder die Vorwürfe an Steiner noch die Beschaffung der belastenden Tatbestände («Wie sich aus den Akten ergibt...») konnten bis jetzt vom Erziehungsrat zweifelsfrei nachgewiesen werden. Steiners pädagogische Fähigkeiten sind nie in Zweifel gezogen worden, im Gegenteil, «die diesbezüglichen Berichte lauten gut bis sehr gut». Eigentlich hätte Gilgen automatisch alle Dienstverweigerer (ob politische, ethische oder religiöse), aus Zürcher Schulstufen verbannen wollen, doch die Erziehungsrate stellten sich gegen ihn. Die nun vom Kantonsparlament gebilligten «Grundsätze» werden von der Erziehungsdirektion und der bürgerlichen Ratsmehrheit gerne als «differenzierte und angemessene Lösung» gepriesen. Differenzier, weil sie zwischen politischen und religiös-ethischen Motiven unterscheidet; differenziert auch, weil bei der erstmaligen Anwendung immerhin zwei Lehrer «ihre Vertrauenswürdigkeit laubhaft machen» konnten und somit weiter im Schuldienst geduldet werden. Angemessen, weil – wie beispielsweise Kantonsrat Haas (fdp.) meint – nun «ein Hilfsmittel für die Sicherstellung der Rechtsgleichheit» zur Verfügung steht, denn «Leute, die den Staat umkämpfen wollen, gehören nicht in den Staatsdienst». Wobei und das machte die Debatte beispielhaft deutlich – für bürgerliche Politiker ein Wehrdienstverweigerer automatisch ein «Staatsumkämpfer» ist. Gilgen: «... muss die Teilnahme an antimilitärischen Veranstaltungen oder gar die aktive Dienstverweigerung als in der letzten Konsequenz staatsfeindlicher Verrossen» angesehen werden.

Demokratisches Manifest

Das «Demokratische Manifest» hat sich angesichts der zunehmenden Repression gegen Lehrer in der Schweiz gebildet. Nach der Kampagne gegen den Winterhurer Lehrer Jürg Jost haben sich Lehrer, Lehrergruppen, Gewerkschaften und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens im «Demokratischen Manifest» zusammengeschlossen. Sie treten mit folgendem Anliegen an die Öffentlichkeit: Die gegenwärtige wirtschaftliche Rezession und die politische Verhärtung bedrohen nicht nur die Arbeitsplätze, sie unterhöhlen auch die demokratischen Rechte in unserem Land:
• Immer mehr Lehrer werden aus politischen Gründen entlassen oder nicht angestellt, obwohl sie fachlich ausgewiesen sind und von Eltern und Schülern geschätzt werden.
• Im öffentlichen Dienst kommt es vermehrt zu politisch motivierten Massnahmen.
• Die Massenmedien, vor allem Radio und Fernsehen, sind zunehmend einer stillen Zensur unterworfen. Fortschrittliche Journalisten verlieren ihre Anstellung.
• In der Privatwirtschaft ist bereits eine Reihe von aktiven Gewerkschaftern entlassen worden.
Durch solche Massnahmen ist in unserer Gesellschaft ein Klima der Unsicherheit und Einschüchterung geschaffen worden. Verfassungsmässig garantierte Grundrechte wie die Meinungsfreiheit, die freie Berufswahl, das Recht auf politische und gewerkschaftliche Tätigkeit können nicht mehr ungestraft ausgeübt werden. Wir sind besorgt über diese Entwicklung. Gerade in kritischen Zeiten dürfen der Spielraum der freien Diskussion und das Recht auf Veränderung nicht eingeeignet, sie müssen vielmehr erweitert werden. Ein demokratischer Staat wird nicht durch Verbote geschützt, sondern in der offenen Auseinandersetzung mündiger Bürger weiterentwickelt. Wir wehren uns dagegen, dass diese Auseinandersetzung durch einseitige politische Entscheidungen, hinter denen einseitige Interessen stehen, unterbunden wird. Es ist widersinnig und unethisch, von Bürger mehr Initiative und Zivilcourage zu verlangen, und ihn dafür zu bestrafen, wenn er sie beweist. Wir glauben, dass nur durch den solidarischen Zusammenschluss aller Betroffenen dem Abbau demokratischer Rechte, dem zunehmenden politischen Druck und dem damit verbundenen Verunsicherungsprozess entgegen gewirkt werden kann. In einer lebendigen Demokratie gibt es keine Einzelfälle, in denen nicht die Glaubwürdigkeit der Demokratie insgesamt auf dem Spiel steht. Darum darf es in ihr keine Zuschauer, sondern nur Betroffene geben.

Bisher haben das Manifest unterzeichnet: Fritz Aeberli, Vorstand Typographie; Elisabeth Bachmann, Kantonsrat; Max Bill; Fritz Billeter, Dr., Kunstkritiker; Pankraz Blesi, Dr., Mittelschullehrer; Hansjörg Braunschweig; Paul Breitenmoser; Alice Brügger, Dr., Gesellschaft der Quäker; Enzo Canonica, SBG; Walter M. Diggelmann, Schriftsteller; Hans Rudolf Hilty, Dr.; Max Frisch, Schriftsteller; Kurt Gloor, Filmemacher; Franz Häfner, Dr.; Mittelschullehrer; Alfred Huber, Prof. ETH; Hugo Hübscher, Schulpfleger; André Kaminski, Fernsehens; Wille Kober, Pfarrer; Christoph Kuhn, Redaktor TA; Konrad Farnert, Dr., Lehrer; Werner Lüdi, Mittelschullehrer; Marco Mondo, Dr., Bezirksanwalt; Doris Morf; Redaktor «LeserZeitung»; Alfred Rasser, Kabarettist; Walter Renschler, VPÖD; Hans Rotter, Dr. med.; Hans Roy, Pfarrer; Martin Schaub, Filmkritiker; Max Schmid, Schriftsteller; H. U. Schmutz, Dr., Mitarbeiter, Hochschulrat; Felix Schwarz; Hedi Schweingruber, Schulpfleger; Werner Sieg, Dr., Mittelschullehrer; Hugo Sonderegger, Dr., Pfarrer am Grossmünster; Ernst Specker, Prof. ETH; H. U. Steger; Barbara Weiss, Heilpädagogin; Rudolf Wulfschläger, VPÖD; Markus Zweifel, Laientheologe; Prof. von Albertini, Universität Zürich; Heim Blocher, VPÖD; Urs Egger, Pfarrer; Donato Jaun, Mittelschullehrer; Richard Dimo, Filmer; Niklaus Meienberg, Schriftsteller; Alexander J. Sciler, Filmator, Schulpfleger; Dieter Schumacher, Kunstmaler; Rosina Kuhn, Kunstmalerin; Peter Schwegler, Regisseur; Stefan Hügler, Mittelschullehrer; Peter Hürzeler, Karikaturist.

Unser Eisberg

«So frei sind unsere Schulen» titelte «das konzept» im November 1974 und veröffentlichte eine Reihe von damals bekanntgewordenen «Fällen», von Lehrerentlassungen aus politischen Gründen in der Schweiz.

«So frei sind unsere Lehrer» hätte der Titel zum nebenstehenden Report sein können. Denn das Kapitel «politische Tätigkeit der Lehrer» ist (noch) nicht abgeschlossen. Im Gegenteil.

Berufsverbote, sogenannte «Radikalerlasse» nun auch in der Schweiz? Noch nicht, zumindest noch nicht ganz. Versuchen, sind die Gefühle der Jurisprudenz präziser sein. Von Berufsbehinderungen in Bereichen, in denen der Staat – unsere demokratisch verfasste Schweiz also – ein weitgehendes Anstellungsmonopol besitzt: in der Erziehung zum Beispiel.

Eigentliche Berufsverbote gibt es bisher wenige. Der Fall André Froidevaux sichtet hier heraus. Die Spitze des berühmten Eisbergs. Aber eines Eisbergs von beachtlicher grösse und Gewicht. Und, um beim Bild des Eisbergs zu bleiben, das meiste bleibt verborgen unter der Oberfläche. Aufgetaucht, zur Spitze des Eisbergs gehörend, ist wie oft im Erziehungsbericht, der Kanton Zürich. Der Erziehungsrat hat hier «Grundsätze» verfasst, die die Anstellung oder Entlassung dienstverweigernder Lehrern regeln. Eine komplizierte Eisbergspitze, zerklüftet, mit Abgründen. Denn die «Grundsätze» sind «differenziert», wie es heisst. Einer ist auch bereits in eine Eisbergspalte gefallen, Erwin Steiner, ein junger Lehrer. Der Anlass zur Errichtung dieses Prüfungsbergs. Zwei andere haben die Gratwanderung überstanden. «Nicht überzeugend», urteilte damals der «Tages-Anzeiger» und meinte die ausgesteckte Prüfungsreise, nicht die Lehrer. Eine Schikane soll nach dem Willen von Volksvertretern noch eingebaut werden, scharf und klar, die Guten von den Bösen trennend, eine Volksinitiative mit dem Tenor «Wer-gegen-unsere-Armee-

ist-darf-nicht-Lehrer-sein» (siehe Kasten und Hauptartikel). Knapp über und unter der Oberfläche, dort wo es am nässesten und kältesten ist, ist unser Eisberg nicht mehr so strahlend klar und weiss. Etllicher Schmutz hat ihn verfarbt. Das Klima dort kann ungesund sein. Hier bei uns also. Hohe Militärs und Regierende, immer nahe beim gesunden Volksempfinden, haben etliches in die Luft gesetzt, das das freie Atmen und Gehen gefährlich macht. Das berühmte Billet «Sibirien einfach» ist – zumindest des Klimas wegen – bald überflüssig (vgl. «Unschweizerisches ausmerzen...»).

Hinter dem Eisberg, nur nach etlicher Forschungsarbeit, zu erkennen, heisst zu verstehen, sind die Gefühle der Jurisprudenz. Manches mag hier komplizierter erscheinen, eines aber ist zumindest klar: Verfassungen, Gesetze müssen ausgelegt, interpretiert werden. Und da spielt das politische Klima auch für Juristen eine grosse Rolle (siehe «Auf dem Boden der Bundesverfassung»).

Tiefer, weit unter die Oberfläche zum Verborgenen tauchen muss man, wenn man etwas über die Opfer unseres Eisbergs, die Auf-Eis-Gelegten, erfahren will. Denn der Eisberg hat schon viele Opfer gefordert. Lehrer, denen «staatsfeindliche Einstellung» vorgeworfen wird. Nicht etwa Missbrauch des Unterrichts. Ausser in den Fällen, wo es um Sexualekunde in der Schule geht, ein Thema, das viele lieber einfrieren wollen. Wohl weil eigene Kenntnis so behaglich warm macht. Nur wenige der Gesinnungsspieler geben gerne Auskunft, was ihnen bis heute, seit «ihrem Fall», widerfahren ist. Privat schon, aber nicht für die Zeitung; sie fürchten um ihre neue Stelle. (vgl. «Angst ist, was bleibt»).

Einige, noch viel zu wenige, haben sich daran gemacht, den Eisberg zu schmelzen, das sibirische Klima aufzuwärmen. «Demokratisches Manifest» heisst eine Gruppe von Leuten, Erzieher verschiedenster Art, die sich für demokratischere Verhältnisse einsetzen (siehe Kasten).

Und wer weiss, vielleicht... vielleicht gibt es tatsächlich Tauwetter. Konrad Fisser

«Unschweizerisches ausmerzen...» mit dem Segen der Landesregierung

«Nicht vergessen! In dieser Strasse wohnte ein Dr. Konrad Farnert, der die kommunistische Tyrannei in der Schweiz errichtet, wird, er und wer mit ihm verkehrt, ist von allen Freiheitsliebenden verachtet.» Dieses Plakat hängt schon lange nicht mehr gegenüber dem Haus des Kunststörkers und früheren PdA-Mitglieds Farnert in Thalwil. Das war 1956 nach dem Ungarn-Aufstand so; und das ist doch schon so lang vorbei. Wenngleich Farnert bis 1957 unter öffentlichen Beschimpfungen und Boykott so zu leiden hatte, dass sich Kollegen öffentlich für

Strömungen der Zeit bleiben», an der dann auch für den ehemals veremten Dr. Farnert Platz war? Auf die Anfrage des SVP-Mannes Heinrich Meier gelehnte die Zürcher Regierung 1973 zu ebendem bewussten Dienstverweigerer Erwin Steiner: «Eine schlichte Kritik an staatlichen Einrichtungen und an der Armee ist, woher sie auch kommen mag, durchaus zulässig. Auch unrichtige kritische Äusserungen über die Armee und den Staat sind nicht schlechthin verboten.» Die letzte Einschränkung machte hellhörig, zu Recht, nicht nur



Unterdrückung

ihnen einsetzen mussten, so sind die Zeiten des kalten innenpolitischen Krieges doch vorbei – so scheint es nur auf den ersten Blick.

Hielt man es nicht für übertrieben, wenn seinerzeit der 1965 verstorbene Basler Germanistikprofessor Walter Muschg erklärte: «Ein Gelehrter, der einmal als «Promunkomist» verächtlich worden ist, kann vor dem breiten Publikum nur schwer verteidigt werden, auch wenn der Vorwurf aus der Luft gegriffen ist, weil wir in einer politisch vergifteten Luft leben.» Und hatte nicht der Zürcher Erziehungsdirektor Dr. Alfred Gilgen vor ein paar Jahren erklärt, die Universität solle «ein Ort der Auseinandersetzung der verschiedenen geistigen



Unterdrückung mit demokratischen Mitteln

zwei Jahre später erklärt heute Regierungsräsident und Erziehungsdirektor Gilgen zum gleichen Fall Steiner, solange in der Verfassung die Wehrpflicht verankert sei, «muss die Teilnahme an antimilitärischen Veranstaltungen... als in letzter Konsequenz staatsfeindlicher Verrossen angesehen werden».

Wohlverhalten verlangt

Ist das ein Gesinnungswechsel? Während des letzten Jahres ist viel von einer Verschärfung der Repression gesprochen worden. Tatsächlich geht der eiderdsetzung der verschiedenen geistigen

Fortsetzung auf Seite 4

Unschweizerisches...

Fortsetzung von Seite 3

genössische Staat auf den verschiedenen Ebenen heute systematischer und schärfer gegen seine Kritiker vor, in der ganz offen Basis institutionen...

Wie lange duldet man noch...?

Wenn ein Mitglied der Landesregierung die bürgerliche Parlamentsmehrheit dafür lobt, dass selbst ein durch den Willen der Bürger in ein Amt gebrachter Volksvertreter an der Wahrnehmung einer Aufgabe entfallen...

Es wäre eine Verharmlosung, all die Fälle von Berufsbehinderungen immer noch isoliert auf lokaler Ebene zu betrachten, wo es jeweils überörtentliche Borniertheit durchgesetzt hätte...

staats-treu...

Fortsetzung von Seite 3

Komitee, dem vor allem Kantonsräte der SVP und des Freisims neben den Nationalräten Hans Ulrich Graf (rep.) und Werner Leutenegger (svp) angehören, wird vom freisinnigen Kantonsrat Theodor Rüegg präsidiert...

Rüegg ist überzeugt, dass seine Initiative beim Volk durchkommen wird. «Wir haben viele Sympathieadressen und Telefone bekommen, die zeigen das Gefühl auf Ablehnung zu stossen...

nen ist oder aber ob hier erst die Spitze eines Eisbergs von politischer Gewalttätigkeit zum Vorschein kommt: Einstellung zum Militär ist leichter zu erfassen als «Weltanschauung»...

Ist man zunächst versucht solche Apelle als einsame Aufe von Aussenseltern auf verlorenen Posten abzutun, so kann EMD-Chef Rudolf Gnägi den Zweifler eines Besseren belehren...



Die Repression hat Tradition

«Leider haben einzelne Mitglieder der Lehrerhabende die ihnen obliegenden Pflichten aus den Augen verloren und nicht nur mit ihrer Beteiligung an den politischen Parteitämpfen die gesetzlichen Schranken überschritten, sondern sich selbst, unter Missbrauch ihres Amtes, so weit gegangen, ihren mit der bestehenden Staatsverfassung nicht übereinstimmenden Ansichten bei der unreifen und unerfahrenen Jugend Eingang zu verschaffen»...

es uns vergönnt sein, alles Defätistische, Unschweizerische und Fremde, das unserem Wesen nicht angepasst ist, auszumergen und zu überwinden... Eine Interpretation dessen lieferte «Der Schweizer Soldat» (Nr. 10, 30. Juni 1969)...

Eine andere Arbeit zuweisen

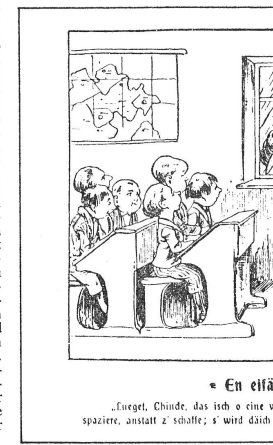
Natürlich zeichnen sich dabei unsere Militärs besonders aus, denn sie waren und sind es ja, die ihre Aufgabe und ihre Interessen gefährdet sehen: «Eindringlich steht fest, dass man versucht, die künftigen Wehrmänner, die Sekundär-, Real-, Gewerbe- und Mittelschüler frühzeitig zu beeinflussen, ja zu indoktrinieren, um im Verlaufe der Zeit immer mehr Feinde unserer Sache in die Armee zu infiltrieren...»

«Die Freiheit, die sie meinen»

Als erweitertes Weisbuch über die Repression gegen Lehrer in der Schweiz publiziert die Gewerkschaft Kultur, Erziehung und Wissenschaft (GKEW) eine neue Broschüre mit dem Titel «Die Freiheit, die sie meinen»...

«Liebe zum Vaterland»

Mit dem «Sozialistengesetz» von 1875 sollten dann die Sozialisten, unter ihnen auch viele Pädagogen, mundtot gemacht werden...



Angst ist, was bleibt...

Wird ein Lehrer entlassen, aus politischen Gründen, dessen Dienstverweigerung, so kann er damit rechnen, dass sein «Fall» in der Öffentlichkeit einigen Staub aufwirbelt...

«Ich gehe davon aus, weil ich in meinem Fall (Berufsverbot im Kanton Zürich wegen Militärdienstverweigerung und antimilitaristischer Tätigkeit) im letzten Jahr und auch jetzt noch diesen starken seelischen wie wirtschaftlichen Bruch verspüre, den die direkte Repression in mir auslöst»...

Nachdem das Berufsverbot einmal ausgesprochen war, suchte ich monatelang eine Stelle und fand vorerst einfach nichts in der Umgebung. In einer staatlich anerkannten Privatschule in Zürich zum Beispiel drückte man mir gleich den Stundenplan in die Hand...

«Liebe zum Vaterland»

plätze und stellten den der «Demagogie» verdächtigen Turnvater auch nach dessen späterer Rehabilitation unter Polizeiaufsicht. Immer mehr richtete sich dieser Kampf nun gegen diejenigen Lehrer, die sich auf die Seite des wachsenden Industrie-Proletariats stellten...

zum erstenmal in meinem Leben beginnen, höhere Schulden zu machen. Auch das Stempeln, mit dem ich inzwischen begonnen hatte, machte mir Angst...

Was mich gegen trotz vieler Abgaben und schlechten Erfahrungen immer wieder aufstellte, war die Solidarität und Hilfsbereitschaft meiner Freunde und Kollegen, auch der Gewerkschaft VPOD und der Sozialdemokratischen Partei...

P. V., ehemaliger Lehrer in einem grossen Deutschschweizer Kanton, steht noch heute in Verhandlungen mit den Behörden wegen seiner Abberufung. «Es wäre äusserst problematisch gewesen, meint er, ein eigenes Jugendheim der Deutschschweizer Arbeit zu finden»...

Eingige weitere Lehrer wollten keine Stellungnahmen für «das konzept» abgeben. «Schauen Sie», meinte einer, «ich habe wirklich Angst, meine Stelle zu verlieren, wenn meine Vorgesetzten wieder in der Öffentlichkeit von meiner Dienstverweigerung hören»...

Speziell auf die Lehrer abgezielt war die Ordre vom 1. Mai 1889 des preussischen Königs Wilhelm II. an die Schulen:

«Schon längere Zeit hat Mich der Gedanke beschäftigt, die Schule in ihren einzelnen Abteilungen nutzbar zu machen, um die Erziehung sozialistischer und kommunistischer Ideen entgegenzuwirken. In erster Linie wird die Schule durch Pflege der Gottesfurcht und der Liebe zum Vaterland die Grundlage für eine gesunde Auffassung auch der staatlichen und der gesellschaftlichen Verhältnisse zu legen haben»...

Nur knapp 50 Jahre später waren es die Juden, die Kommunisten, die Sozialisten und Humanisten – darunter wiederum eine Anzahl von Schullehrern – die das Land verlassen mussten oder aber in den KZs zu Tode gebracht wurden...

Macht vor Recht – auch in der Schweiz

Die Kriminalisierung und Verfolgung von Andersdenkenden in der Zeit der grossen Krise hat auch vor unseren Grenzen nicht aufgehört. Einige Beispiele aus den Jahren 1932 bis 1937 zeigen das.

1932 konnte es geschehen, dass ein katholischer Pfarrer in Oberwinterthur einen Schüler, der am 1.-Mai-Umzug teilgenommen hatte, vor sich niederknien liess und ihn mit Faustschlägen traktierte; dass die Sekundarschulbehörde von St. Gallen beschloss, alle Schüler und Lehrer hätten das Defilee der 6. Division anzuschauen...

Fortsetzung auf Seite 6

Faschismus an der chilenischen Universität

Die organisierte Demontage der chilenischen Kultur

Mit 30 gegen 0 Stimmen und bei 7 Enthaltungen hat der Exekutivrat der Unesco im September zum Ausdruck gebracht, dass die Situation in Chile «äusserst besorgniserregend» ist. Er hat eine Resolution verabschiedet, in der er bedauert, dass den Vertretern der Menschenrechtskommission der Zugang zu chilenischem Territorium verweigert wurde. Der gleiche Text verlangt von den chilenischen Behörden, alle Massnahmen zu ergreifen, damit die Menschenrechte respek-

tiert und das kulturelle Leben und die Durchführung des Unterrichts in normaler Weise gewährleistet werden. Muss man noch festhalten, dass dieser Aufruf von der Junta natürlich nicht befolgt wird? Es wird andere, viel energiereichere Schritte brauchen, damit Erziehung, Wissenschaft und Kultur in Chile ihre Rechte wieder erhalten. General Pinochet und seine Freunde haben wohl verstanden, dass ihre brutale und brüchige Gewalt eine strenge Kontrolle aller Aktivitäten verlangt.

Nach der Ermordung von Salvador Allende wurden zahlreiche Lehrer und Studenten, die seit langem auf der schwarzen Liste der zukünftigen Junta standen, festgenommen, gefoltert oder «verschwanden» ganz einfach – was lei-

bensänglich von den Universitäten verbannt. Diese massive Säuberung betraf 40% der Lehrer der Primar- und Mittelschulen; in den Universitäten betraf sie nach gewissen Quellen 25%, nach anderen 35% der Professoren. Es ist wahrscheinlich, dass diese Prozentsätze auf den drei Unterstufen steigen werden. Denn die Säuberung hat nicht aufgehört: sie ist im Gegenteil eine permanente Institution geworden.

Während dieser Säuberungswelle entschloss sich die Junta, die Gehälter der Lehrer auf der niedrigsten Stufe der Beamtengehälter anzusetzen. Wie man sich vorstellen kann, handelt es sich hier um eine kollektive Züchtigung reiner Hitlerscher Tradition. Wenn der chilenische Lehrer bestraft wird, so deshalb, weil die Junta glaubt, er habe eine bedeutende Rolle in der Verbreitung «neuer Ideen» gespielt.

Auf die Folge dieser Massnahme brauchte man nicht lange zu warten: eine bestimmte Anzahl Lehrender, angewidert durch diese «Rückversetzung», zieht es vor, im Ausland Stellen zu suchen, die ihrem Abschluss eher entsprechen.

Bildung nicht gefragt

Das Widersinnige der Erziehungspolitik der Junta erscheint hier voll in seiner blinden Stupidität: Durch ihre repressiven Massnahmen organisiert sie selbst die Flucht der chilenischen Intelligenz. Tatsächlich nimmt der Auszug der Wissenschaftler alarmierende Proportionen für die Zukunft der Wissenschaft in Chile an: Die Abteilungen für Biologie, Mathematik und Physik der Universität Chile haben jeden Monat weniger Professoren und werden bald funktionsunfähig sein.

Andererseits sind gewisse Disziplinen bei der Junta von vornherein so schlecht angeschrieben, dass die Seminare, in denen sie unterrichtet wurden, in einigen Fällen ganz einfach aufgehoben wurden. Es handelt sich um Politik- und Wirtschaftswissenschaften, die Institute für Journalismus, Pädagogik und hauptsächlich Soziologie, das schwarze Schaf der Junta. Die Vorlesungen in Soziologie sind überall geschnitten, gestrichen worden, ausser an der katholischen Universität Santiago, wo sie für das richtige Gedankengut aller Generationen boten.

Chile – 30 Monate danach

Man sollte meinen, dass der Militärputsch in Chile eigentlich genügend diskutiert worden ist. So dass sich der VSS da nicht auch noch einschalten muss. Uns geht es jedoch nicht darum, das Thema Chile auch noch aufzunehmen und in den weitestgehenden Protesten gegen die Verletzung der Menschenrechte, die illegalen CIA-Aktivitäten usw. einzumistern. Solches ist ausserdem bei unserer neutralen Obrigkeit verpönt. Es ist auch nicht das zentrale Anliegen eines Verbandes, wie es der VSS ist. Wenn wir uns aber doch solidarisieren mit den chilenischen Studenten und einen Tag organisieren, um auf die Zustände an den chilenischen Bildungsanstalten aufmerksam zu machen, so liegt das durchaus im Rahmen der Verbandstätigkeit. Was an den chilenischen Universitäten vorgeht, darf uns nicht kühn lassen. Unabhängig von der persönlichen Weltanschauung und über politische Grenzen hinweg müssen Zustände, wie sie in Chile im Bildungssektor und anderswo vorherrschen, verurteilt werden.

Wir vom VSS wollen keine einseitige Politik machen. Wir möchten aber, dass sich die Studenten der «ältesten Demokratie der Welt» auch zur Demokratie und einem adäquaten Bildungssystem bekennen. In Chile ist im Moment weder das eine noch das andere vorhanden. Deshalb haben wir für den

7. Mai 1976

(30 Monate nach dem Putsch) einen

Solidaritätstag

mit den chilenischen Studenten

organisiert. Voraussichtlich werden uns am 8. Mai die meisten europäischen Universitäten folgen.

Überzeugt haben uns nebenstehender Artikel aus «Le Monde Diplomatique» und die in der letzten Zeit auch in der Schweizer Presse auftauchenden Schreckensmeldungen. Uns scheint es an der Zeit, dass sich die Schweizer Studenten klar vom heutigen chilenischen Bildungsverständnis distanzieren.

VSS-Vorstand

VSS Verband der Schweizerischen Studentenschaften Erlachstrasse 9 3012 Bern Tel. (031) 23 28 18

der keine Zweifel über ihr Schicksal zulässt. Andere, die den Massenhinrichtungen entkommen, sind immer noch eingesperrt. Andere wieder konnten rechtzeitig fliehen und das Land verlassen. Andere wurden schliesslich ohne Erklärung vom Unterricht entlassen oder

Gewerkschaften helfen den Studenten

Dank den Verhandlungen, die der VSS-Vorstand mit den Gewerkschaften VPOD (Verband des Personals öffentlicher Dienste) und der GBH (Gewerkschaft Bau und Holz) geführt hat, ist es den Studenten nun möglich, sich bei den Arbeitslosenkassen dieser Arbeitnehmerorganisationen zu versichern. Die Kasse wird von der GBH betrieben. Der VPOD unterhält jedoch einen Vertrag mit der GBH, wonach sich seine Mitglieder bei der GBH-Kasse versichern können. Grossezügigerweise hat nun der VPOD den versicherungswilligen Studenten die Türen geöffnet und lässt sie via VPOD der Kasse beitreten:

Arbeitslos während oder nach dem Studium – was tun?

- Werkstudenten: • Mind. 20 Std./Woche regelmässig arbeiten, bei Lehrern die Hälfte des üblichen Pflichtstundenpensums an dieser Schule • Nachweis erbringen, dass während der letzten 365 Tage regelmässig 20 Std./Woche gearbeitet wurde. Abziehen davon kann man bezahlte Ferientage und bis zu 50 Arbeitlosentage • Inners 3 Monaten nach Abschluss der Ausbildung anmelden • Kein Nachweis vorheriger Arbeit nötig • Anmeldefrist verläuft sich um die Dauer von Militärdienst oder bei sprachlicher Weiterbildung im Ausland • Man muss sich der Arbeitsvermittlung uneingeschränkt zur Verfügung stellen • Kopie des Lizenzats od. entspr. Abschluss beilegen • Abbrecher • gleich wie die Absolventen (Kopie der Exmatrikulation) • Beilagen bei der Anmeldung nicht vergessen!

Studenten helfen den Gewerkschaften

Die 47. Sitzung des Delegiertenrates (DR) des VSS gab am 27. Februar in Olten grünes Licht für eine Unterstützung der SGB-Petition «Berufsbildung muss mehr sein als Ausbildung zum JOB». Der Antrag des VSS-Vorstandes, wonach die Sektionen Unterschriften sammeln sollen, wurde einstimmig angenommen. Dies dürfte das erste Mal sein, dass in der Schweiz die Studenten die Gewerkschaften nicht nur verbal, sondern durch Tat aktiv unterstützen. Am 25. Mai soll eine breite Sammelaktion für die Petition durchgeführt werden.



Wir werden im nächsten «konzept» in der VSS-Spalte noch näher auf Sinn und Unsinn der Berufsbildung eingehen. Ein Einsetzen des Dachverbandes der Studentenschaften für eine ausgebautere Berufsbildung scheint uns nicht nur gerechtfertigt, sondern dringend notwendig. Zu lange war Bildung einer intellektuellen Elite vorbehalten, und der Rest, wohlvermerkt die grosse Mehrheit, musste sich mehr oder weniger mit Ausbildung begnügen. Es kann deshalb nicht nur auf die berufliche Laufbahn vorzubereiten, sondern auf das Leben, auf ihre Stellung in der Gesellschaft als Staatsbürger, Erzieher und Konsument. Somit wird sich auch für etliche Studenten die Frage nach Inhalt und Umfang der Berufsbildung stellen. VSS/es



Auch wenn sich noch niemand daran gemacht hat, die Geologielehrbücher mit dem Unterricht der Genesis in Einklang zu bringen, so hat man sich hingegen sehr besorgt gezeigt um den Geschichtsunterricht, der von einem Regime, das die Vergleiche scheut, als gefährlich und explosiv betrachtet wird. Vorsichtige Scheren haben im Lehrplan, der in Chile unserem Mutpensum entspricht, den ganzen Zeitabschnitt von 1891 bis zum 11. Sept. 1973 herausgeschnitten, d. h. 82 Jahre chilenischer Geschichte, von denen die jungen Gymnasiasten von Santiago und von anderen Orten überhaupt nichts mehr erfahren dürfen. Wer weiss, welche Gedanken diese Periode der Vor-Junta in ihnen wecken könnte, sogar wenn sie «richtig unterrichtet» würde! Besser ist also hier – wie anderswo – die sancta simplicitas der Unwissenheit.

Militärs statt Wissenschaftler

Die Autonomie der Universitäten ist eine weitere Gefahr, die die Junta schnell erkannte: Von den Professoren gewählte Universitätsräte oder Rektoren wurden aufgelöst beziehungsweise entmacht. Und da die Lehre eine zu ernste Sache ist, um sie in Händen von Zivilisten zu lassen, wurden Generäle oder Admirale an die Spitze der Universitäten gestellt. Diese höheren Offiziere verstehen dem Erziehungsminister, der selbst Admiral ist. Sie kumulieren die ganze Macht, die vorher in Händen der gewählten Rektoren und der Universitätsräte war. Die wichtigste Macht der ernannten Rektoren ist natürlich, die Reinheit des Geistes zu überwachen. Aber in dieser Aufgabe wird der General oder Admiral von einem «fiscal» unterstützt und aufgeklärt. Ein «fiscal» ist ein Gericht, das

von einer Person präsidiert wird, die direkt von der Junta ernannt wurde. Dieser «fiscal», der permanent an der Universität tagt, sammelt Denunziationen, leitet die Untersuchungen, verhört die Verdächtigen und entscheidet ohne Einspruch über ihr Schicksal, seien es Professoren, Studenten oder Verwaltungspersonal. Wenn man bedenkt, dass, wer in Chile heute an der Universität entlassen wird, anderntags eingesperrt, gefoltert, auf unbestimmte Zeit interniert werden oder «verschwinden» kann, dann wird man begreifen, dass die Anwesenheit eines «fiscal» an jeder Universität nicht dazu beiträgt, das Studium zu erheitern.

Wenn man diese Texte liest und über diese Massnahmen nachdenkt, wird einem die Geisteshaltung der Junta klar: Im Grenzfall gilt, wer auch immer studentisch gefährdet den Staat. In jedem offenen Geist dringen schlechte Ideen ein. Lesen heisst schon sündigen.

Bücherverbrennungen und ...

An der Universität Chile kauft die «efortia encargada de nuestra biblioteca» (die Bibliothekarin) keine Bücher mehr: Sie stellt eine Liste derjenigen Bücher auf, die auf den Scheiterhaufen sollen. Ihre Auswahl ist, so kann man wohl sagen, sehr katholisch, da auf ihrer Liste die «Politischen Parteien» von Maurice Duverger und «Die neue Industriegesellschaft» von John K. Galbraith aufgeführt sind.

Die Junta hat beim Drucker einen Aufsatz beschlagnahmt und vernichten lassen mit dem Titel «Ideal der Geschichte». Dies obwohl der Autor alle Garantien bot: Claudio Oregó, christdemokratischer Ex-Abgeordneter, der mit Erbitterung gegen Allende gekämpft hatte. Was was denn eigentlich sein Vergehen? In seinem Buch untersuchte er die Verantwortung des Faschismus im Zweiten Weltkrieg. Keine einzige Zeile bezog sich darin auf Chile, aber die Junta fand es nicht ziemlich, dass man im Hause des Gehängten vom Strick spricht.

... Zensur

Selbst die Päpste werden zensuriert. Den Journalisten wurden mündliche Befehle erteilt, die heikelsten Stellen aus «Quadragesimo Anno», «Mater et Magistra», «Populorum Progressio et Rerum Novarum» nicht zu zitieren. Gewiss, Päpste sind nicht Marxisten, aber sie haben zufällig, wenn auch nur in sehr verschleierte Form, die grossen sozialen Probleme unserer Zeit angeschnitten.

Fortsetzung auf Seite 6

Seminar des VSM und des VSS

NC? NC!

Die Probleme um die Aufnahmekapazitäten der medizinischen Fakultäten sind – wie mittlerweile allgemein bekannt – weit davon entfernt, gelöst zu werden. Im Gegenteil: An einigen Orten läubeln die Verantwortlichen offensichtlich mit der Einführung eines Numerus clausus bereits für das Wintersemester 1976/77.

«NC für Mediziner» – das leider zum Hauptinhalt hochschulpolitischer Diskussionen gewordene Stichwort, das aber nur eine der krisenhaften Entwicklungen im Hochschulwesen etikettiert – beschäftigt jedoch nicht allein die Bildungs-, sondern auch die Gesundheitspolitik: Wie viele Ärzte werden benötigt, wer setzt ihre Anzahl fest, was darf die Gesundheitsversorgung kosten usw. usf. Dies sind Fragen, die um die NC-Problematik aufgeworfen werden und denen sich das Seminar unter dem Titel

Numerus clausus, Mediziner Ausbildung und Gesundheitspolitik widmet.

Datum: 22. Mai in Bern Teilnehmer: alle Studenten, die sich dafür interessieren

Um den Organisatoren einen Überblick über die zu erwartende Teilnehmerzahl verschaffen zu können, bitte untenstehenden Talon bis 8. Mai an den VSS. Dokumentationsmaterial (Arbeitsunterlagen) und ein genaues Programm (ebenfalls vorhanden auf den Studentenschaften) wird dann rechtzeitig zugesandt. VSM/VSS

Name, Vorname _____ Adresse _____ Studienrichtung _____ Universität _____

Die Repression ...

Fortsetzung von Seite 4

1933, im Jahr von Hitlers Machtergreifung, wird der Genfer Lehrer André Ehrler wegen seiner Artikelserie, in der er die wahren Ursachen der Schliessung in Genf auf Antifaschisten enthielt hat, vom Regierungsrat entlassen. Gleich darauf aber wird er von der Sozialistischen Wählermehrheit in den Stadtrat gewählt. Im März erlässt der Gemeinderat von Richterswil ZH die Bestimmung, die Kommunisten seien sofort aus dem Gemeindedienst zu entlassen. Der Anlass dazu: das Gemeindepersonal hatte sich dem VPOD angeschlossen. Auf der anderen Seite stellen sich kurz nach der hitlerischen Machtergreifung die Fraktionen der Zürcher Freisinnigen und der Bauernpartei geschlossen gegen das Verbot des Regierungsrats, Hakenkreuzfahnen an Privathäusern aufzuhängen. Der Präsident der Zürcher Freisinnigen, Dr. H. Weisflog, ruft am Parteitag im Mai aus: «Wir sind mit den Fronten einverstanden, wenn sie es unternehmen, unsere Ratsäle vom russischen Ungeheuer zu säubern. Sein Goebbels-Wort findet lebhaft Zustimmung. Gleichzeitig bildet an der Zürcher Universität der Hitler-Bewunderer und Aktivist der Nationalen Front Dr. W. Freytag Lehrer aus.

Der Zürcher Kantonsrat diskutiert im Sommer 1934 die «Lex Weisflog», ein von führenden Freisinnigen vorgeschlagenes Ausnahmegesetz zur Ausschaltung von Beamten und Lehrern, die einer sogenannten staatsgefährlichen Vereinigung angehören. Gemeint sind ausschliesslich die Lehrer. Die Bestimmung wird 1935 vom Volk aber verworfen.

Der Schulrat von Glarus wählt unter Leitung des rechtsfreisinnigen Industriellen Jenny im Juli 1935 den Mittel- schullehrer Dr. Martin Feldmann nicht wieder. Als Gründe werden angeführt, dass sich der bei Schülern und Eltern beliebte Pädagoge politisch geüsst, dass er Disziplin und Arbeitseifer ohne Strafen zu erreichen versucht habe, dass er viel Wirtschaftsgeschichte – mit sozialistischer Tendenz – gebe und zudem neben «NZZ»-Artikeln eine

sowjetische Illustrierte als Unterrichtsmaterial ausgeteilt habe.

Gegen sämtliche bürgerlichen Stimmen wird Dr. Feldmann im Dezember 1935 die Zentralschulpflege an die Zürcher Gewerbeschule gewählt: Einmal ist es gelungen, den rechtsbürgerlichen Versuch zur Ausschaltung von sozialistisch gesinnten Lehrern zurückzuweisen.

Einst liberal – und heute?

Im 19. Jahrhundert waren sie die Vorkämpfer der Freiheiten und demokratischen Rechte – die Liberalen und Demokraten. Ihre Parteien sind grösser geworden, die Zahl der liberalen und demokratischen Kräfte aber wurde immer kleiner. Nun waren es die sogenannten Freisinnigen, die die Disziplinierung von Lehrern verlangten und Ausnahme Gesetze gegen Fortschrittliche, linke Lehrer durchsetzten. So gelangt es ihnen gegen heftigen sozialdemokratischen Protest im Kanton Zürich, einen Paragraphen in des Lehrerbildungsgesetz von 1938 aufzunehmen, der besagt: «Der Erziehungsrat ist berechtigt, einen Lehrer wegen wiederholter schwerer Verletzung seiner Berufspflichten, stiltlichen Verfehlungen an Minderjähr-

gen, Verurteilung zu einer Freiheitsstrafe für eine aus wählbarer Gesinnung verbühte Tat das Ehrlöszeugnis vorübergehend oder dauernd zu entziehen.» Die Bestimmung hat etliche Lehrer ihre Stelle gekostet, nicht wegen der «Berufspflichten» oder «sittlichen Verfehlungen», sondern wegen der angeblichen, von der Obrigkeit definierten «ehrlösen Gesinnung».

Gegen wen sich dieser Disziplinierungsparagraph richtet ist in der Zeit des kalten Krieges (1956) mit der Neufassung eindeutig geworden. Ergänzend wurde ein Zusatz aufgenommen: «... oder schwerer Verletzung der Treuepflicht durch staatsfeindliche Tätigkeit...» Und staatsfeindlich war eben alles, was links der offiziellen SP stand. In der Mitte, im Zeichen der wirtschaftlichen Rezession, nimmt die Repression noch mehr zu, die Freiheit nimmt ab. Die Repression im Erziehungswesen hat ihr Vorbild in der letzten grossen Krise, als das Bürgertum Angst hatte und sie in letzter Konsequenz mit faschistischen Unterdrückungsmitteln eindämmen wollte.

Von der Redaktion bearbeiteter Text aus: «Die Freiheit, die sie meinen...» Erweitertes Weissbuch über die Repression gegen Lehrer in der Schweiz, hrsg. von der Gewerkschaft Kultur, Erziehung und Wissenschaft (GKEW), Z-Verlag, Basel 1976, 8 Fr.

Auf dem Boden der Bundesverfassung ...

Die Bundesverfassung garantiert die Meinungs- und Gewissens- und Glaubensfreiheit, die Versammlungs- und Vereinsfreiheit, die Freiheit der Berufswahl und die Freiheit von Wissenschaft, Forschung und Lehre. In gleichem Sinn postuliert auch die von der Schweiz im Jahr 1974 unterzeichnete Europäische Menschenrechtskonvention:

«Jedermann hat Anspruch auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit; dieses Recht umfasst ... die Freiheit, seine Religion oder Weltanschauung einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen öffentlich oder privat ... auszuüben» (Art. 9).

Bei all diesen Rechten handelt es sich um «negative» Menschen- oder Bürgerrechte. «Durch sie wird die staatliche Gewalt verpflichtet, dem einzelnen

Schutz gegen ihre eigene mögliche Einschränkung zu gewährleisten. Der schrankenlos im weiteren bestimmt die Europäische Menschenrechtskonvention, dass diese Grundrechte in ihrer Substanz nicht angetastet werden dürfen.

Nun lebt der einzelne jedoch – welche Binsenwahrheit! – nicht allein auf einer Insel oder Berghöhe, sondern in Gemeinschaft mit anderen. Der schrankenlosen Durchsetzung individueller Ansprüche sind somit in jeder Gemeinschaft legitimerweise Schranken gesetzt – durch die Rechte der anderen. Die Gemeinschaft, der Staat, hat somit einerseits die individuellen Freiheitsrechte zu gewährleisten und zu garantieren, andererseits gleichzeitig zu begrenzen. Wie allerdings dieser «urliberalen» Konflikt zwischen «Freiheit» und «Ordnung», «Freiheit» und «Einschränkung» gelöst wird, ist eine Frage der Macht der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen – und der historischen Stunde.

Mehr Freiheit oder mehr Einschränkung?

Für den «Liberalen», der die wirtschaftlich mächtigen und die öffentliche Meinung in der Schweiz beherrschenden Kreise hinter sich weiss, stellt sich – zumindest was die individuellen politischen Freiheitsrechte anbelangt – vor allem das Problem der Ordnung, der Einschränkung. Für den Zürcher Nationalrat Friedrich (fdp), ist es zum Beispiel klar, dass sich eine liberale Demokratie ohne allzu grosse Gewissensbisse «oft als unliberal bezeichneter Mittel» bedienen darf und muss, «wenn sie es für den Schutz einer freiheitlichen Ordnung für notwendig hält».

Im Gegensatz dazu plädieren die Liberalen, die sich mehr am «Entstehungsgeist» der Bundesverfassung orientieren, und die Vertreter eines demokratischen und pluralistischen Sozialismus für eine Maximierung der individuellen Freiheiten und für möglichst geringe Einschränkungen dieser Freiheiten durch den Staat. Dies in «der Gewissheit, dass in der Beschränkung der Freiheit, nicht in ihrem Gebrauch, die Gefahr für den Rechtsstaat» (Muschig) und für die Demokratie steckt.

Also: Mehr Einschränkung (Ordnung) oder mehr Freiheit?

Für die «Liberalen» vom Schlage Friedrichs sind im Prinzip alle politischen Strömungen und Bewegungen, die die Macht der wirtschaftlich herrschenden Kreise grundsätzlich in Frage stellen und auf eine Erweiterung der realen Freiheitsrechte abzielen, als «Gefährdung der schweizerischen Demokratie, mitunter als Gefährdung von Freiheit und Demokratie schlechthin. Wer die schweizerische Demokratie in diesem Sinne grundsätzlich kritisiert, ist somit «antidemokratisch». Als «antidemokratisch» zum Beispiel betrachtet Friedrich die POCU – und dies hinsichtlich ganz allgemein alle links der (etablierten) Sozialdemokratie politisch «kommunistisch» Tätigen.

Die Diffamierung abweichender (linker) Meinungen und die gegenüber diesen «antidemokratischen» Gruppen und Personen verfügten Massnahmen (Einschränkung der Grundrechte) haben die somit primär die Funktion, eine dynamische Weiterentwicklung, eine «Verwestlichung» der schweizerischen Demokratie abzublenden. Eine derartige



restriktive Politik ist jedoch weder konform mit dem «Geist» der Bundesverfassung, noch deckt sie sich mit den Bedürfnissen und Interessen grosser Teile der Bevölkerung.

In die gleiche Richtung verlaufen die Fronten in der Auseinandersetzung um die politischen Rechte der Staatsbeamten im speziellen der Lehrer.

Wie auf der Ebene einer privatrechtlichen Anstellung der «Arbeitnehmer» gegenüber dem «Arbeitgeber», so ist auf der Ebene einer öffentlich-rechtlichen Anstellung der Beamte gegenüber

«So frei sind unsere Schulen»
Materialien zur Situation an Schweizer Schulen, in «das konzept» Nr. 11/74 («So frei sind unsere Schulen»), in Nr. 6/75 («Weissbuch über Repressionsfälle im Erziehungsbereich»), in Nr. 7/75 («Come-back des Rohrstocks»), in Nr. 1/76 («Amtsstempel für Staatsfeinde»). Einzelnummer 1.50. Alle Nummern 4 Fr. in Briefmarken. Zu beziehen bei «das konzept», Rämistrasse 66, 8001 Zürich.

dem Staat der Loyalitätspflicht unterworfen. Von Beamten wird somit erwartet, dass er sich gegenüber der «geltenden Rechtsordnung» (Streiff), gegenüber den in der Bundesverfassung niedergelegten Grundprinzipien der schweizerischen Demokratie loyal verhält. So führt das Bundesgericht in einem schon einige Jahrzehnte zurückliegenden Entscheid aus:

«Der Beamte muss, wenn auch nicht zu allen Einrichtungen und Zuständen, so doch zur Grundlage des Staates, zu seiner Idee, zu dem den Mitbürgern gemeinsamen politischen Gedankengut eine positive Einstellung haben; wer diese Einstellung nicht hat, der ist noch kein Revolutionär im Sinne eines gewaltsamen Umstürzers, aber er gehört nicht in den Beamtenstab. Wer den Staat in seiner bestehenden Form überhaupt verwirft und sogar hasst und verhöhnt, ist nicht in der Lage, geistig und physisch diesem Staat zu dienen, wie es von einem Beamten verlangt werden muss.»

Doch was heisst: eine «positive Einstellung zu den Grundlagen des Staates»? Da sich in den Augen der rechtsbürgerlichen «Liberalen» eine «positive Einstellung zu den Grundlagen des Staates» primär in der Anerkennung der partikulären rechtsbürgerlichen Demokratievorstellung und im Verzicht auf eine grundsätzlichere (linke) Kritik an den rechtsbürgerlichen Machtpositionen äussert, ist für diese Kreise ein linker

Kritiker zumindest potentiell ein «Staatsverhörer» – und wenn überhaupt – als Beamter nur unter Vorbehalt tragbar. Dies besonders in Zeiten erhöhter Spannung und ansteigenden Konfliktniveaus. Bedenkt man, dass die als (potentielle) «Staatsverhörer» inkriminierten (linken) Kritiker meist recht fest – und zwar mit beiden Füssen – auf dem Boden der «freiheitlich-demokratischen Staatsordnung» (Gilgen) stehen, so ist die von rechtsbürgerlicher Seite praktizierte «Beamtengehirnwäsche» im Prinzip verfassungswidrig – dies auch dann, wenn das Bundesgericht die Praxis der Kantone in dieser Angelegenheit noch immer fast vollumfänglich deckt.

Dienstverweigerer als Beamte?

Nun mag die Meinung aufkommen: (linke) Oppositionelle, die die schweizerische Gesellschaft in ihrer jetzigen Gestalt ideell kritisieren und nicht mit der geltenden Rechtsordnung in Konflikt kommen – so weit, so recht. Dienstverweigerer – aber – haben gegen Art. 276 StGB verstoßen und stellen grundsätzlich die allgemeine Militärpflicht (Art. 18 BV) in Frage. Gegenüber Beamten oder Beamtenanwärtern, die wegen Dienstverweigerung oder Aufforderung zu Dienstverweigerung verurteilt worden sind, sind somit restriktive Massnahmen berechtigt.

Kein Zweifel: Wer heute in der Schweiz der Militärdienst verweigert oder zur Dienstverweigerung auffordert, verletzt einen geltenden Rechtszustand – einen Rechtszustand allerdings, der in den vergangenen Jahrzehnten und verstärkt in den letzten Jahren immer wieder heftig diskutiert und kritisiert worden ist. Die Frage, wie und mit welchen Mitteln sich die Schweiz im Notfall verteidigen kann und soll, ist heute für weite Kreise der Bevölkerung nicht mehr so eindeutig zu beantworten wie noch zur Zeit des Zweiten Weltkrieges. «Für ein aufgeklärtes Rechtsverständnis ist der Dienstverweigerer längst kein Verbrecher mehr» (Muschig).

Somit ist nicht einzusehen und aus dem «Geist» der Bundesverfassung legitimerweise auch nicht zu begründen, wieso heute ein Dienstverweigerer, der notabene eine meist recht erkleckliche Freiheitsstrafe verbüsst hat, nicht genau die gleichen Chancen haben soll als Beamten beschäftigt zu werden, wie irgendeine andere, meinetwegen von 1. August-Pathos sprühende Person.

Rolf Nef, Konrad Fisler

Die organisierte Demontage ...

Fortsetzung von Seite 5

Das war ein Fehler. Sogar ein Papst kann zuviel denken. Diesem unschicklichen Aufführen der Probleme zieht die Junta das Schweigen vor. Die liberale Ketzerei kann übrigens überall Eingang finden, sogar bei der Kirche. Die Organisation *Opus Dei*, die die Junta inspiriert, hat auch die katholischen Schulen nicht verschont: Man hat auch diese «korporalisiert». Der Konteradmiral Jorge Sweet, der als ernannter Rektor die Zügel der katholischen bischöflichen Universität in fester Hand hält, hat aus Budgetgründen 152 Professoren vertrieben, weil sie falsche Ideen hatten. Ein weiterer Schlag ist vorgesehen: Er wird die Anzahl der Ausgeschlossenen auf 300 erhöhen. In einigen Disziplinen, so in Biologie, ist die katholische Universität schon nicht mehr funktionsfähig.

Ist das nicht ideal? Ein Lehrkörper, der sich auf eine Handvoll Professoren beschränkt. Geschlossene Abteilungen. Labors ohne Kredite. Und Studenten, deren Zahl immer geringer wird. Um den Vorgang zu beschleunigen, hat die Junta auch beschlossene Universitäten künftighin zu einem Grossteil selbst finanzieren sollen. Deshalb musste man die Einschreibengebühren um 100% erhöhen.

Der Erlass der Einschreibengebühr für arme Studenten wurde aufgehoben und die Stipendien durch Bankdarlehen ersetzt, die die Banker ebenfalls auch nicht jedem Belieben gewähren... 1974 musste eine chilenische Familie sich 300 000 Escudos abringen, damit ihr Sohn sich an einer Universität einschreiben konnte. Eine enorme Summe, wenn man bedenkt, dass der Basissloh eines Beamten 100 000 Escudos beträgt. Die Junta hat an alles gedacht: Die Selektion an der Universität hängt zunächst vom Geld ab.

Aber die Jugend ist ein freimütiges Alter, in dem sich auch der Sohn eines Reichen linken Ideen öffnen kann. Also hat man für den Eintritt in die Universitäten eine Selektionskommission geplant, deren Kriterien man erraten kann.

Die Señora Pinochet, die «prima dama» dessen, was nicht mehr die «republica» genannt werden kann, hat sich des Schicksals derjenigen jungen Mädchen angenommen, die mangels genügend Escudos eine höhere Ausbildung nicht geniessen können. Für sie hat sie eine Schule gegründet, die aus ihnen tüchtige «Familienhelferinnen» machen wird: «Kirche, Küche, Kinder». Die Familienhelferinnen werden ihre Dienste im Hause der Reichen oder stundenweise zur Verfügung stellen. Dann wird sie ausser dem Namen nichts mehr von «Angestellten des Hauses» oder «Putzfrauen» unterscheiden.

Allmacht der Armee

Die Militarisierung findet nicht nur an den Universitäten statt. Sie erreicht auch die Schulen, ob öffentlich oder nicht, von den ersten bis zu den kleinsten. Ein Unteroffizier oder ein Offizier, wenn es sich um ein grösseres Institut

handelt, vertritt dort täglich die Augen und Ohren der Junta. Dieser dekorierte Inquisitor hat militärischen Stufen in Verbindung steht, überwach gleichzeitig die Schüler, die Eltern der Schüler, die Lehrer und den Rektor.

Seine Vollmacht ist sehr gross, er kann zu irgendeiner Tageszeit an irgendeiner Ecke der Schule auftauchen. Er kann von der Verwaltung fordern, dass man ihm die Lehrpläne und die Stundenpläne aushändigt. Er kann in irgendeine Klasse eintreten und den Unterricht anhören. Er kann unvorhergesehen an der Lehrerversammlung teilnehmen. Er kann den Rektor in die Kaserne kommen lassen, um ihm seine Anweisungen zu geben und der Rektor ist nur halberhört befolgt – seine Absetzung verlangen. Die Lehrer kann er ebenso zu jedem beliebigen Zeitpunkt einberufen, z. B. Sonntagmorgen, nach der Tagwache. Ihnen kann vorgeworfen werden, in der Unterrichtsstunde – während der Inquisitor in den Gängen schmupperte – Worte wie «Freiheit», «Demokratie», «Präsident der Republik» gebraucht zu haben. Sie können auch getadelt werden, weil sie zu langes Haar haben oder, handelt es sich um eine Lehrerin, weil sie geschminkt ist oder zu viel Wert auf die Kleidung legt.

Das sind aber nur Lappalien. Die Hauptaufgabe des Inquisitors ist, politische Denunziationen zu veranlassen, sie zu sammeln und ihre Begründung zu prüfen. Hauptsächlich in diesen Untersuchungen wird er die Eigenschaften an den Tag legen müssen, die man von ihm erwartet: «Sinn für Geheimhaltung, Takt und Selbstbehalt. Sobald die Untersuchung begonnen hat, kann sie vom Schüler aus bis zu den Eltern gehen, d. h. über die Grenzen der Schule hinaus. Von diesem Moment an spüren alle Chilenen das Auge der Junta auf sich.

Noch nie hat man so oft die Fahne auf die chilenischen Schulen gehisst, wie seitdem es das Symbol der Tyrannie geworden ist. Der Fahnengruss wird jeden Montag durchgeführt, und alle Schüler sind versammelt. Alle Schüler nehmen obligatorisch an Kursen über «nationale Sicherheit» teil, wo man ihnen den Nationalismus fanatisch eintrichtert. So hofft man, mit dem Stock, eine neue chilenische Jugend zu prägen, die von ausländischen Einflüssen befreit und von Gewissensproblemen entlastet ist. Während man die Ankunft dieser «Pinochet-Jugend» erwartet, die mit kurzem Haar und scharfem Blick wie jene andere im Gänsemarsch laufen wird, erreicht der Index der Inflation die gespenstische Zahl von 375%. 20% der Chilenen sind arbeitslos, und das Elend des Volkes wurde von einem Prälaten mit einem «langsamem Völkermord» verglichen. Das spielt keine Rolle. Wenn in Chile noch etwas Geld übrig bleibt, so weiss man, auf welche Seite es wie Regen fällt und auf welche andere nur in Tropfen.

Opus Dei wird stolz auf sein Werk sein können: In einigen Jahren wird es nicht mehr nötig sein, den Revolver zu ziehen, wenn in Chile das Wort «Kultur» fällt. Sie wird auf jeden Fall tot sein und die Universität auch. *Rolf Nef, Aus «le monde diplomatique» Okt. 1975 Übersetzung VSS*

Bringen Sie Ihre wissenschaftlichen Arbeiten dem erfahrenen Spezialisten:
Juris Druck + Verlag AG, Basteiplatz 5, 8001 Zürich
Telefon 01 / 27 72 77

Semesterarbeiten Dissertationen
tippige rasch, zuverlässig und preisgünstig.
R. Hager, Waldstrasse 14
8046 Zürich
Tel. (01) 57 66 50

Bei uns erhalten Sie erotische Filme und Magazine
(auch homophile) besonders günstig. Ausführliche Farbprospekte gegen 4 Fr. in Briefmarken durch den
Plaisir-Versand, Postfach 1131, D-7886 Murg.

GAULOISES

Natürlich.. Gauloises-Typen.

Sensitivity training
26.-30. Juni 1976, NE-Jura

Praktische Gruppendynamik
3.-9. Juli 1976, NE-Jura

Abgestufte Teilnahmekosten. Unterfragen bei Felix Lenzart, dipl. psych., 8962 Bendgietikon, Riedwies, Tel. (01) 740 22 28.

treffpunkt

Kulturförderung bei Landis & Gyr

Verdammte Frauen - Verbannte Widersprüche

Glosse

Wann endlich kommt die UHV?

Zürich: Welches seriöse Mädchen möchte mit einem Teil der Freizeit verbringen? Bin Chemiker, 25, mit humanistischer Vorbildung...

ZH.SG: Welches sinnliche, reife Mädchen bringt einem schlanken, unerfahrenen Studenten (21/178) die Liebe bei? Auf Deinen Brief mit Photo warte ich sehnsüchtig...

Zürich: Ausländischer Student, 24/170, möchte einen hübschen und zärtlichen Freund bis 26 kennenlernen. Jede Bildschrift wird beantwortet...

Suche für Indonienreise in Bus einer Reisegesellschaft reiferes Mädchen, unverheiratet. Näheres Kennenlernen erwünscht...

Otschw. Boy, 28/182, schlank, in guter Position tätig, sucht Kontakt zu einem intelligenten, sportlichen Freund...

Strafgefangener in Deutschland, 27 Jahre alt, 178 cm gross, schlank und blond...

Wohhabende Bürger aus den Städten tummelten sich auf den Engadiner Seen beim Eisbaden...

Arbeiter hatten so gut wie keine Ferien und nur maximal 12 Stunden Arbeit...

Segantini, wohnhaft in Maloja, malte wieder die einen noch die anderen nur für die anderen (seine Bilder kosteten zwischen 5000 und 30 000 Gulden)...

Warum hängt dann die Frau auf dem Bild im Baum? Schon kurz nach Segantinis Tod wusste man das auch nicht mehr...

Darf man nun die Widersprüche: Mutterschaft und Sexualität, Industriestadt und Natur, Ferien und Arbeit...

Oder meint Landis & Gyr, dass die Arbeiterinnen und Arbeiter auch die Ausstellung am eigenen Leib genug Widersprüche erleben können...

Angst nicht nur vor der Ausstellung, sondern auch vor der Veröffentlichung ihrer Entstehungsgeschichte...

«Italien - das andere Reisehandbuch» zu beziehen für 3 Fr. in Marken und Retourcouvert...

Das Italien-Reisehandbuch des SSR kann - wie auch die Informationsbroschüren «Griechenland» und «Eisenbahntipps»...

Wer zahlt - befiehlt - und verbietet, z. B. eine Ausstellung über den Maler Giovanni Segantini...

Ferienlandschaft Engadin - von Giovanni Segantini (1858-1899) auf die Leinwand gebannt und mit seltsamen Wesen bevölkert...

Wohhabende Bürger aus den Städten tummelten sich auf den Engadiner Seen beim Eisbaden...

Arbeiter hatten so gut wie keine Ferien und nur maximal 12 Stunden Arbeit...

Segantini, wohnhaft in Maloja, malte wieder die einen noch die anderen nur für die anderen (seine Bilder kosteten zwischen 5000 und 30 000 Gulden)...

Warum hängt dann die Frau auf dem Bild im Baum? Schon kurz nach Segantinis Tod wusste man das auch nicht mehr...

Darf man nun die Widersprüche: Mutterschaft und Sexualität, Industriestadt und Natur, Ferien und Arbeit...

Oder meint Landis & Gyr, dass die Arbeiterinnen und Arbeiter auch die Ausstellung am eigenen Leib genug Widersprüche erleben können...

Angst nicht nur vor der Ausstellung, sondern auch vor der Veröffentlichung ihrer Entstehungsgeschichte...

«Italien - das andere Reisehandbuch» zu beziehen für 3 Fr. in Marken und Retourcouvert...

Das Italien-Reisehandbuch des SSR kann - wie auch die Informationsbroschüren «Griechenland» und «Eisenbahntipps»...



Giovanni Segantini: «Die bösen Mütter (die Kindsmörderinnen)». 1896. Öl auf Leinwand, Wien, Kunsthistorisches Museum.

Warum hängt dann die Frau auf dem Bild im Baum? Schon kurz nach Segantinis Tod wusste man das auch nicht mehr...

Darf man nun die Widersprüche: Mutterschaft und Sexualität, Industriestadt und Natur, Ferien und Arbeit...

Oder meint Landis & Gyr, dass die Arbeiterinnen und Arbeiter auch die Ausstellung am eigenen Leib genug Widersprüche erleben können...

Angst nicht nur vor der Ausstellung, sondern auch vor der Veröffentlichung ihrer Entstehungsgeschichte...

«Italien - das andere Reisehandbuch» zu beziehen für 3 Fr. in Marken und Retourcouvert...

Das Italien-Reisehandbuch des SSR kann - wie auch die Informationsbroschüren «Griechenland» und «Eisenbahntipps»...

dessen Mitglieder sicherlich Originalkunstwerke in ihren Wohnzimmern hängen haben, als vielmehr für die Arbeiter und Angestellten des Zweigwerkes Zug...

«das konzept» hat sich die verbotenen Texte und Bilder bei den Autoren der Ausstellung angesehen...

Freiwillige Beiträge von verantwortungsbewussten Schweizer Bürgerinnen und Bürgern können ab sofort auf das Konto des «Komitees pro UHV» einbezahlt werden...

Zeitung vor und versucht, auf den Artikel Einfluss zu nehmen...

PS: Das SIK erklärte sich inzwischen bereit, wenn irgend möglich auch die zensurierte Ausstellungsfassung zu realisieren...

Ernst Schlaginhaufen

das konzept Tip

In dieser Spalte stellt die Redaktion lesenswerte und nützliche Informationen vor...

Das andere Italien

«Weil wir davon ausgehen, dass Du nicht nur wochenlang in Gemütslegenheiten und Rütten herumsteigen willst...

«Italien - das andere Reisehandbuch» zu beziehen für 3 Fr. in Marken und Retourcouvert...

Das Italien-Reisehandbuch des SSR kann - wie auch die Informationsbroschüren «Griechenland» und «Eisenbahntipps»...

FLOHMARKT

Wohngemeinschaften Kauf/Verkauf

Möbliertes 4-Zimmer-Reiheneinfamilienhaus zu vermieten. Vom 1. Juni 1976 bis 28. Febr. 1977...

ZH. Student med. sucht Zimmer in kleiner Wohngemeinschaft (max. 4 Leute) in ruhiger Lage...

Wohngemeinschaft, Raum Zürich-Enge, mit relativ lockerem Zusammenleben...

Eine Dienstleistung des SSR zusammen mit «das konzept»:

REIS MIT! gratis kannst du in der Rubrik «Reis mit!» einen Reisepartner oder eine Reisepartnerin suchen.

Kommerzielle Inserate, solche mit andern Zwecken als der Suche nach Reisepartnern...

Text sauber mit Schreibmaschine (grosser Abstand, kurze Zeilen) schreiben, maximal 35 Worte; jede Zahl gilt als 1 Wort...

Let's travel together! Individualistin sucht Trampelfahrten (18) für etwa 6monatigen Fernost-Trip...

Suche Begleit(in) für eine Reise über Land nach Indien/Südostasien...

Etudiante, vingt ans, habitant à Genève, cherche compagne de voyage pour 3 semaines à Paris du 2 au 23 juillet...

Suche Reise-Malaria-Fiebriger für Peru bis Patagonien Ende Mai-Ende Oktober...

Suche Reisepartner(in) für ein Inter-Rail-Trip quer durch das mittlere und nördliche Europa...

Wohngemeinschaft

Zur Bildung einer Fünfer-Wohngemeinschaft in einer geräumigen 8-Zimmer-Wohnung...

Ihre DISSERTATION druckt zu vernünftigen Preisen

Gysin Ruedi Gysin AG Haus der Reproduktion im Isenring 24...

Kontakt-inserate bei DM Expl. pro Seite 70 3.30 100 3.45 150 3.65 200 3.80 300 4.25

DISSERTATIONEN druckt exzellent von DIN A4-Vorlage 100 3.45 auf DIN A5-Format 150 3.65 BÖNECKE 200 3.80 300 4.25

Mit dem SWISSAIR - Jumbo - Jet am 7. Juli nach New York Fr. 538.-

SSR SCHWEIZERISCHER STUDENTENREISEDienst Bitte schickt mir nähere Informationen: Name: Vorname: Strasse: PLZ/Ort: Coupon an: SSR-VI, Postfach 3244, 8023 Zürich kzt



Der Tages-Anzeiger lässt Sie mit Ihren Büchern nicht allein.

TAGES ANZEIGER

Tages-Anzeiger Überparteiliche schweizerische Tageszeitung **MAGAZIN**

Verstehen Sie uns recht: Wir haben nichts gegen Bücher. Einige Mitarbeiter des Tages-Anzeigers schreiben ja selber welche. Bichsel, Loetscher, Federspiel und wie sie alle heissen. Wir meinen nur, eine gute Tages-Zeitung braucht man, um jenen Teil der Welt, der noch nicht zu Büchern geworden ist, besser zu verstehen: die Gegenwart.

Und darüber berichtet der Tages-Anzeiger ziemlich umfassend. Da hat die Politik ihre Seiten, und das Lokalgeschehen, die Wirtschaft, der Sport, die Kultur haben die ihren. Ein Magazin am Wochenende nimmt frisch und unvoreingenommen zu Fragen der Zeit Stellung. Und was in Zürich los ist, erfahren Sie selbstverständlich auch.

Unsere Zeitung gehört keiner bestimmten politischen Richtung an – das möchten wir Ihnen ebenfalls sagen. Und das hat den Vorteil, dass darin alle Richtungen zu Wort kommen und man Gegner und Freunde genau kennenlernt.

Zum Schluss müssen Sie noch wissen, dass es bei uns den Studentenrabatt immer noch gibt: 30%. Und es wird ihn geben, solange Sie immatrikuliert sind.

Coupon — — — — —

Ich möchte gerne eine Zeitung kennenlernen, die mir nach wie vor einen Studentenrabatt von 30% gewährt.

Schicken Sie mir bitte den Tages-Anzeiger 2 Wochen lang gratis.

Ich möchte den Tages-Anzeiger abonnieren. (Die ersten 2 Wochen sind gratis.)

Ich wünsche folgende Zahlungsart:

monatlich Fr. 6.45

vierteljährlich Fr. 18.55

halbjährlich Fr. 36.75

jährlich Fr. 72.80

Name: _____

Strasse: _____

PLZ, Ort: _____

Bitte ausschneiden und senden an:
Tages-Anzeiger, Vertriebsabteilung
Postfach, 8021 Zürich